

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Würdigung von Robert Stolz anlässlich seines 40. Todestages

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unterhaltung hat es jetzt viel gegeben, ein Meister der Unterhaltung war auch unser Robert Stolz. Der Robert Stolz, von 1880 bis 1975 hat er gelebt, ein berühmter in Graz geborener Operetten- und Filmkomponist und er gerät nach der Meinung vieler Verehrer und Verehrerinnen leider immer mehr in Vergessenheit. Nicht nur seine genialen und melodienreichen Werke haben ihn als Vertreter einer besonderen Epoche unvergesslich gemacht, es gilt auch, den großen Humanisten und scharfen Kritiker der Nazi-Barbarei zu würdigen, der gefährdete Künstlerfreunde durch riskanten persönlichen Einsatz in Sicherheit bringen konnte und sie finanziell großzügig unterstützte.

Nächstes Jahr sind es 40 Jahre, dass Robert Stolz verstorben ist. Um seinen 90. Geburtstag, er ist ja 95 geworden, zu seinem 90. Geburtstag gibt es eine nette Anekdote. Er hat um seinen 90. noch einen 10-Jahres-Vertrag mit einer Plattenfirma abgeschlossen, das ist kühn. Es stünde der Stadt Graz gut an, diesen großen Mann entsprechend zu ehren. Eine Dauerausstellung wäre wünschenswert – so wie sie einst im damaligen Wohnhaus der Familie Stolz am Mehlplatz existierte. Diese ist nun leider seit Jahren aufgelöst, lustigerweise wird sie nach, ich glaube, nach sechs Jahren noch immer im Netz beworben, die Gegenstände ruhen im Depot. Eine Abstellkammer ist aber sicher nicht der geeignete Ort für Zeugnisse dieses beeindruckenden Lebens.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Anlässlich der vierzigsten Wiederkehr des Todesjahres von Robert Stolz 2015 mögen die Stadt Graz beziehungsweise die entsprechenden Stellen prüfen,

- 1) in welcher Form dieses genialen Komponisten auch von offizieller Seite gedacht werden kann und
- 2) wieweit eine Dauerausstellung, wie sie vor einigen Jahren noch existiert hat, verwirklicht werden könnte.

Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker** zur Dringlichkeit: Danke für deinen Antrag, Andreas Fabisch, der auch einen Blickwinkel auf Robert Stolz eröffnet, der ja in der normalen oder üblichen Rezeption leider untergeht, nämlich, dass er als Grazer sich sehr stark für diese Stadt und auch in einer sehr schwierigen Zeit für das andere Österreich eingesetzt hat und das durchaus mit extremer Anfeindung bis hin mit Bedrohung bezahlen musste. Insofern kann ich dem Antrag was abgewinnen, wir werden ihm auch zustimmen. Ich möchte nur noch ganz kurz an dieser Gelegenheit, weil es vielleicht manchen nicht bewusst ist, noch einmal darauf eingehen, wie die Geschichte mit dem Gedenken an Robert Stolz so gegangen ist. Es gab dieses Museum, von dem du berichtet hast, am Mehlplatz, das wurde damals leider aufgrund der Sparvorgaben im Rahmen der Aufgabenkritik Anfang der 2000er-Jahre eingestellt und es stimmt, dass momentan im Depot des GrazMuseums die Exponate liegen. Ich wollte dazusagen, dass heuer im Gedenkjahr auf dem Schloßberg in den Kasematten eine Veranstaltungsreihe geplant ist für längerfristig auch zum Thema Stolz und seine Musik zu veranstalten. Hier gibt es zwischen dem Bürgermeisteramt und dem Kulturamt auch eine Zusammenarbeit. Das Zweite, was ich mir gut vorstellen kann, und dazu gibt es auch schon Gespräche mit dem GrazMuseum, ist, dass man

zumindest zum Todestag eine Ausstellung im GrazMuseum anregen kann. Wir haben ja jetzt dort einen sehr freien Zugang, dass wirklich die Grazer und Grazerinnen einen guten Zugang finden, um die Person noch einmal den Grazern nahezubringen, eine Ausstellung anregen kann und das haben wir jetzt auch schon so vorbesprochen. Eine Dauerausstellung kann ich zu den aktuellen budgetären Bedingungen jetzt nicht zusagen. Wir können es prüfen, wir können einmal schauen, was es kosten würde. Aber wie gesagt, momentan habe ich das im Budget nicht dargestellt und auch im GrazMuseums-Budget nicht drinnen, aber wie gesagt, die Gespräche laufen und ich kann mir gut vorstellen, dass man den Todestag nutzt, um diese Person in ihrer umfassenden Art und nicht nur im Klischee des Operetten-, auch großartige Leistung, Operettenschreibers und Filmmusikmachers den Grazerinnen und den Grazern etwas nahezubringen und in die Richtung werde ich gerne die Gespräche führen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Es ist eigentlich eh schon sehr viel gesagt und es ist klar, dass das umfangreiche musikalische Schaffen des Grazer Komponisten Robert Stolz sich nicht nur in zahlreichen Operetten, sondern eben auch in Liedern, die weltberühmt geworden sind, widerspiegelt, wie zum Beispiel das mit dem Titel „Salome“ oder der langsame Walzer „Die ganze Welt ist himmelblau“. Viele führen das gar nicht mehr auf Robert Stolz zurück und deshalb ist es umso wichtiger, ihn ins Gedächtnis zu rufen. Wir haben von der Stadträtin Rucker schon gehört, dass am Schloßberg in den Kasematten in den nächsten vier Jahren jeweils sechs szenische Abende mit der

Operettenmusik von Robert Stolz geplant sind und wir stimmen aus dem Grund, weil das ja schon geplant ist, dem Teil 1 des Antrages nicht zu, sehr wohl aber dem Teil 2 des Antrages, dass daran gedacht wird, im GrazMuseum eine Ausstellung anlässlich des 40. Todestages von Robert Stolz in die Wege zu leiten und daher bitte ich um getrennte Abstimmung von Teil 1 und Teil 2 des Antrages.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich wollte nur kurz zum Inhalt sagen, also danke für den Antrag. Ich habe, weil ich zufällig über den Musikkontext den Großneffen von Robert Stolz kenne, habe mit ihm auch gestern und heute länger mich ausgetauscht, er ist sehr erfreut, wenn über diese Tätigkeiten, die jetzt auch die Lisa angekündigt hat, dass da etwas kommen wird, einerseits das musikalische Werk von ihm wieder gewürdigt wird, wusste ich bis dahin nämlich auch nicht, dass er im Grazer Opernhaus bis jetzt konsequent nicht aufgeführt wird, aus welchen Gründen auch immer, das weiß er selber auch nicht und dass mit ihm auch jemand, der nachweislich gegen den Nationalsozialismus aufgetreten ist, der nachweislich jüdische Menschen gerettet hat, dass damit auch jemand, der sich so um diese Stadt und um Menschen verdient gemacht hat, gewürdigt wird. Also ich bin froh, wenn etwas passiert für die Musik und für das Lebenswerk von Robert Stolz und sein Großneffe auch (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Liebe Kollegin Grabe, nur eine kleine Aufklärung. Zurzeit läuft höchst erfolgreich „Das Weiße Rössl“ im Grazer Opernhaus und bekanntlich sind da einige Melodien von Robert Stolz, die wir genießen (*Applaus ÖVP*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

2) Qualitätsvolles Bauen in Graz

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Von der hohen Kunst kommen wir zum hohen Bauen. Wir haben, ich möchte das vielleicht vorausschicken, im zuständigen Planungsausschuss natürlich immer wieder bei Bebauungsplänen, bei Änderungen des Flächenwidmungsplanes in der vergangenen Periode, vor allem auch bei der Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes Diskussionen zu Fragen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), die damit zusammenhängen. Das bedeutet, es gibt da natürlich auch, ich möchte sagen, parteiübergreifend oft eine Übereinstimmung, dass man sich Gedanken machen muss über die Baukultur in unserer Stadt, was ja oft einmal auch damit zusammenhängt, dass natürlich bestimmte Vorgaben vom Land kommen. Ausgehen kann man jedenfalls davon, das ist ja heute auch schon Thema gewesen, dass Graz eine wachsende Stadt ist und das ist im Wesentlichen ein durchaus

erfreulicher Umstand, aber gerade dann, wenn es um Bauen in unserer Stadt geht, führt das sehr häufig, wie allen bekannt ist, zu Konflikten, zu Unmut auch in der Bevölkerung.

Dabei geht es den Menschen in unserer Stadt, und natürlich vor allem auch uns als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, keineswegs darum, die Bautätigkeit, die notwendige zu verhindern oder einzuschränken, sondern es geht uns um unsensible Bauten beispielsweise in historischen Vierteln, es geht sogenannte „Nachverdichtungen“, die zu massiven Dichteerhöhungen und zur Beschränkung des Grünraums führen und es geht natürlich auch um Neubauten, die unangemessen, unadäquat nicht in den Charakter des bisherigen Ortsbildes passen.

Ich bin daher der Meinung, und im Vorfeld hat es ja viele Diskussionen auch schon gegeben, vor allem auch zwischen den Planungssprechern der Parteien, auch die Frau Dr. Zwanzger hat hier einige Inputs geliefert, weswegen ich jetzt die gefühlte 27. Fassung des Antrages vor mir habe, ich bin jedenfalls der Meinung, wir sollten im zuständigen Fachausschuss, eben im Ausschuss für Stadtplanung und Stadt- und Grünraumplanung, uns beispielsweise einigen Fragen widmen. Beispielsweise geht es also um die Notwendigkeit beziehungsweise Sinnhaftigkeit der Festlegung von Bebauungsdichten bereits im Flächenwidmungsplan, wie das im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz vorgesehen ist, es geht um Fragen der Ausweitung der Möglichkeiten einer eventuell sogar flächendeckenden, also das gesamte Grazer Stadtgebiet umfassenden Bebauungsplanpflicht, es geht um Fragen der konkreten Ausgestaltung von Bebauungsplänen, um die Möglichkeiten, Bebauungspläne „von Amts wegen“ also erstellen oder erstellen zu lassen, also noch bevor ein Investor bestimmte Planungsinteressen anmeldet und es geht uns auch um eine Diskussion über die Möglichkeiten der Stärkung der Anrainerrechte.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die Gemeinderatsparteien übermitteln dem zuständigen Fachausschuss, das ist eben der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung, ihre Ideen und Vorschläge für qualitativvolles Bauen.

Der genannte Ausschuss sammelt diese Ideen und Vorschläge und diskutiert sie gemeinsam mit den fachlich zuständigen StadtsenatsreferentInnen, das ist Bürgermeister Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr, sowie mit VertreterInnen der Stadtbaudirektion, dem Stadtplanungsamt und der Bau- und Anlagenbehörde.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda** zur Dringlichkeit: Eigentlich ganz kurz, ich möchte mich ganz herzlich bedanken für diesen Antrag, dem wir vollinhaltlich zustimmen und natürlich auch der Dringlichkeit zustimmen, damit es aber keine Version 27b gibt und da wir doch noch was zu ergänzen gehabt haben, gibt es einen Zusatzantrag von uns. Und zwar, du hast es eh am Schluss angesprochen, Anrainerrechte, die ganz wichtig sind und Bürgerrechte, die Bürger, die in Graz sind, und deswegen würden wir im Zusatzantrag darum bitten, dass zu diesem Ausschuss qualitativvolles Bauen in Graz auch der Grazer Bürgerbeirat eingeladen wird und auch seine Vorschläge dort einbringen darf, da er sich ja auch seit mehreren Jahren bereits mit diesen Themen unter anderem beschäftigt. Dankeschön.

GR. **Dreisiebner**: Ganz kurz zum Kollegen Pacanda. Ja, wir werden die Leitlinien ja hoffentlich bald beschließen, da wird auch klar sein, wo BürgerInnen und wie BürgerInnenbeteiligung möglich ist, grundsätzlich. Trotzdem ein positiver Ansatz, dem wir zustimmen werden und jetzt zum Manfred Eber, zu deinem Antrag. Ich kann

nur sagen, vielen herzlichen Dank, wir stehen ja quasi am Vorabend der Auflagerevision Flächenwidmungsplan, vierte Version, und ich denke, dass wir genau jetzt an dem Zeitpunkt über diese hier taxativ angeführten Punkte und andere weitere Punkte intensiv diskutieren sollten. Ich denke einmal daran, die Bebauungsplanpflichten zu erweitern, etwa auf das gesamte Gebiet der gewachsenen Stadt, der Zonen, wo Vorgärten, Innenhöfe, wo Villengebiete sind, andere sehr wichtige Bereiche wie Stadtteilzentren, wie im Stadtentwicklungskonzept ausgewiesen sind und Ähnliches mehr. Sehr, sehr wichtig, dass wir das wirklich ernsthaft und in die Tiefe diskutieren. Ich danke für den Antrag, wir werden die Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Leistbares Wohnen für junge Menschen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier einen dringlichen Antrag einbringen, der die Wohnversorgung von jungen Menschen zum Inhalt hat. Zum einen sind es die Eintrittskosten, die junge Menschen belasten, dazu gehören die Maklergebühren, die

Vertragserrichtungsgebühren oder Einmalzahlungen. Es gibt eine Erhebung der Arbeiterkammer, wonach im Durchschnitt junge Menschen 1.200 Euro für den Makler bezahlen müssen, 200 für die Vertragserrichtung und etwa mehr als 2.500 Euro für die Kautions, weitere Kosten zur Einrichtung, ja das ist klar, also die Eintrittskosten sind sehr hoch. Das Zweite ist, das Einkommen von jungen Menschen, und junge Menschen in der Steiermark liegen beachtlich unterm Bruttomedianeinkommen, ich habe das auch nachrecherchiert. Junge Menschen bis 24 Jahren verdienen in der Steiermark rund 1.842 Euro brutto und dieser Bruttobetrag ist aliquotiert, das heißt, es ist das 13. und 14. Gehalt mitenthalten. Also in der Steiermark liegen diese jungen Menschen mit ihrem Einkommen rund 23 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen, das Nettomonatseinkommen heißt dann übersetzt, dass es rund 1.100 Euro sind. Was ist das Ergebnis? Die jungen Familien tun sich schwer, also es steigt die Anzahl der Menschen, die zu Hause wohnen bleiben, weil sie sich einen Wechsel nicht leisten können oder wenn sie wechseln und sich um eine eigene Wohnversorgung umschaun und eine eigene Wohnung haben, dann haben bedauerlicherweise sehr viele angeben müssen, dass sie sich sehr stark einschränken müssen. 17 Prozent der jungen Menschen unter 25 Jahren haben geantwortet auf die Frage, wie stark sie sich einschränken müssen und bei was sie sich einschränken müssen, nämlich bei Einschränkungen, dass Haushaltsreparaturen nicht mehr stattfinden können oder das Gesundheitsleistungen nicht mehr in Anspruch genommen werden und das ist doch eine beachtliche Entwicklung. Ich darf Ihnen auch die Untersuchung, wer Interesse hat, auch gerne in die Hand drücken, es ist eine sehr lesbare und interessante Untersuchung, also ich denke, es ist notwendig, Signale zu setzen und für uns in der Stadt ein ganz wichtiges Ziel in Angriff zu nehmen, nämlich ein wohnungspolitisches Ziel auch für junge Menschen uns vorzunehmen und auszuarbeiten. Es ist auch ganz klar, dass dieses wohnungspolitische Ziel nicht auf der Stadtebene gelöst werden kann, aber jede Ebene, die Bundesebene soll das auch in Angriff nehmen, beispielsweise durch die Abschaffung der Mietvertragsgebühren; auch die Landesebene soll ihre

Hausaufgaben machen und hier ist jedenfalls die Zweckwidmung der Wohnbauförderung anzuführen, um den sozialen Wohnbau zu stärken, aber auch die Stadt, und das sind wir, das sind unsere Weichen, die wir stellen können, soll Vorsorge treffen für den Wohnraum von jungen Menschen.

Und ich darf hier seitens der sozialdemokratischen Fraktion den

dringlichen Antrag

einbringen: Die zuständige Wohnungsstadträtin Elke Kahr wird aufgefordert, gemäß Motivenbericht ein kommunales Wohnprogramm für junge Menschen zu entwickeln, das der Bezeichnung „Leistbares Wohnen für junge Menschen“ gerecht wird und den Lebenslinien (Beginn der Erwerbstätigkeit, Familiengründung) entspricht und ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis September dieses Jahres vorzulegen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schartel** zur Dringlichkeit: Liebe Susanne! Wir werden einmal der Dringlichkeit und auch dem Antrag zustimmen, aber vor allem aus diesem Grund, weil wir diesen Antrag als besonders im zusätzlichen Auftrag zu einer detaillierten Vorbereitung ansehen, die das geplante Ausgliedern der Wohnungsagenden in den Eigenbetrieb vorantreiben und ich bin davon überzeugt, je konkreter der Gemeinderat, aber auch der zuständige Stadtsenatsreferent, die Rahmenbedingungen und die Anforderungen beschreibt und formuliert, desto effizienter und rascher können dann die künftigen Verantwortungsträger auf die Bedürfnisse und Wünsche der Grazer Bevölkerung eingehen. Dass vor allem auch uns, diese Zielgruppe, diese jungen Menschen und Familien immer ein Anliegen war, haben wir schon mit mehreren Anträgen und zahlreichen Anfragen zu diesem Thema in der Vergangenheit bewiesen und zusätzlich möchte ich noch darauf verweisen, dass wir als einzige Fraktion bei der

Überarbeitung der Vergaberichtlinien sehr wohl genau für diese Zielgruppe und für diese Menschengruppe eben Punkte hineinreklamiert haben, die diese Menschen besonders berücksichtigen und bei den Vergaben mit besonderen Punkten ausgestattet werden. Und gerechterweise muss man sagen, natürlich, Miete ist immer sehr hoch, aber warum auch Miet- und Raumkosten in letzter Zeit so permanent angestiegen sind, hängt aber auch mit den hohen Nebenkosten zusammen und diese hohen Nebenkosten schlagen sich vor allem auf die normalen Abgaben wie Müllgebühren, Wasserzins, Strom, Heizkosten zu und da muss ich schon dir auch sagen, dass speziell deine lieben Parteifreunde in Wien momentan nichts anderes tun, als darüber nachzudenken, wie sie am schnellsten und effizientesten zur Geldbeschaffung kommen und bedauerlicherweise sind diese Massendinge, die alle Menschen benötigen und brauchen, für euch immer sehr leicht geeignet, dass man hier wiederum zu neuen Steuern kommt. Es wäre vielleicht einmal ganz toll, wenn auch das Engagement und dein Herzblut, das ich sehr spüre, für diese Thematik du vielleicht auch innerhalb der Partei einmal verwendest und einmal anregst, in diese Richtung anders auch nachzudenken (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

GR. **Stöckler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Susi! Danke für deinen Antrag. Wir möchten einmal seitens der ÖVP-Fraktion vorwegstellen, dass wir der Dringlichkeit des Antrages selbstverständlich zustimmen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang dann doch auf einiges hinweisen. Wir wissen, dass wir Wohnraum für junge Menschen brauchen und wir brauchen in Graz, und das geht jetzt leider ein bisschen gegen dich, liebe Frau Stadträtin, aber ich glaube, man muss etwas

feststellen auch. Wohnraumschaffung kann nur insofern passieren, indem wir auch die Mittel bereitstellen für den Wohnraum. Für junge Menschen und auch für die tausenden Menschen, die zurzeit den Wohnraum benötigen. Und jetzt muss man auf etwas schon eingehen auch, du hast letzte Woche einen Antrag im Stadtsenat eingebracht bezüglich der Richtwerterhöhung und es war insofern ärgerlich, weil wir brauchen die Gelder aus diesen Richtwertanpassungen, um neuen Wohnraum auch zu schaffen. Es stimmt schon...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Bergmann: Gesetzlich unsinnig.

GR. **Stöckler:** Nein, durch die mangelnde Indexanpassung ist in den letzten Jahren von 2008 weg...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Stöckler:** Du darfst das sehr wohl und deswegen ist es auch notwendig, dass diese Mittel auch dem Wohnbau zugeführt werden und deswegen sind wir seitens der ÖVP-Fraktion schon für Indexanpassungen, die auch den jungen Menschen zugutekommen würden, das ist auch notwendig, diese Anpassung und deswegen stimmen wir der Dringlichkeit auch zu (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Also das, lieber Kollege Stöckler, ist nicht das erste Mal zu hoch, ich halte mich da raus, aber wo ich schon d'accord gehe mit allen VorrednerInnen, mit dir, liebe Susi, wir haben hier Handlungsbedarf, es ist notwendig, hier ein Programm und Maßnahmenpakete zu entwickeln. Es ist natürlich in der Folge auch notwendig, dementsprechende Grundstücke beziehungsweise auch Projekte auf die Beine zu stellen, aber am Anfang steht halt immer nur das eine. Sehr wünschen würde ich mir, dass man hier nicht nur eine Gruppe herausgreift, sondern dass man das allen, die es brauchen, zugutekommen lassen könnte (*Applaus Grüne*), aber in der Situation, in der wir sind, in der man halt nicht einmal für das Notwendigste, hört man immer wieder, die Mittel, die Grundstücke und die Projekte haben oder noch nicht haben, ist es natürlich besonders von vornweg wichtig, hier den jungen Menschen diese Starthilfe zu ihrem eigenen Wohnraum zu ermöglichen und zu geben. Deswegen unterstützen wir Dringlichkeit wie Inhalt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Ich bedanke mich für die signalisierte Zustimmung von allen drei Fraktionen. Ich nehme natürlich die Anregung von der Kollegin von der FPÖ, von der Frau Andrea Schartel, natürlich ernst, mich auch um die Nebenkosten zu kümmern. Ich habe im letzten Gemeinderat eine Anfrage dazu eingebracht, wie schaut das aus mit den Nebenkosten, ich habe heute eine Anfrage miteingebracht, wo es auch um Effizienzsteigerungen in der Abfallwirtschaft geht. Also das ist mir sehr wohl ein Anliegen, dass wir die Betriebskosten mit im Fokus haben. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Susi Bauer! Danke, dass du das Thema, dass uns schon als junge ÖVP auch meinen Vorgänger als Jugendsprecher für die ÖVP, immer wieder eingebracht hat, immer wieder thematisiert, wahrscheinlich mit ein bisschen mehr Lebenserfahrung auch zum Thema machst und genauso siehst, wie wir das tun. Ich möchte allgemein zu dem Thema sagen, weil wir haben das jetzt schon x Male diskutiert, deswegen bin ich auch froh, dass dieser Antrag nämlich auch ganz klar ein Konzept bis September beinhaltet. Es ist seit 15 Jahren so, dass es in Graz eine kommunistische Verantwortung für den Wohnungsbereich gibt. Eigentlich könnte man von einem Totalversagen sprechen, weil es gibt kein einziges neues Modell, wie es in anderen Städten gibt, das zielführend angedacht worden ist, wir verzichten sogar auf Mietanpassungen und wir kommen in Wahrheit nicht weiter (*Applaus ÖVP*). Dem Zusatzantrag, der eingebracht wurde, können wir nicht zustimmen oder der eingebracht werden wird wahrscheinlich, können wir nicht zustimmen, das kann ich gleich vorwegschicken, weil das ist wieder ein Weglegen von der Problematik, wieder ein Wegschieben, wenn es ein Abänderungsantrag ist, trotzdem können wir dem nicht zustimmen, weil es wieder ein Wegschieben und ein Weglegen ist. Daher werden wir dem ursprünglichen Antrag von der SPÖ zustimmen und mitgehen (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Susi! Ich diskutiere da gerne da zum hundertsten Mal über die Geschichte, wie das in der Stadt Graz sich entwickelt hat mit den Gemeindewohnungen, wer es verabsäumt hat, die entsprechenden Grundstücksankäufe zu tätigen, warum man 15 Jahre eben keine angekauft haben, wir können auch Länge mal Breite diskutieren, warum im Land zum Beispiel die ganzen Wohnbaudarlehen, warum man eigentlich eine Bankrotterklärung des sozialen Wohnbaues in Wirklichkeit hinnehmen müssen (*Applaus KPÖ*) und jetzt

mühevoll auf Landesebene, das muss ich fairerweise jetzt auch sagen, Bemühungen wieder da sind und Überlegungen anzustellen, wie wir wieder ein Finanzierungspaket in die Wege bringen können, ohne noch irgendeiner Zusage vom Bund, der ja vor der Nationalratswahl, auch nur die Großparteien angekündigt haben, was man nicht auf Schiene bringen wird, die Zweckbindung der Wohnbauförderbeiträge. Jetzt wissen wir schon, es ist bis 2018 im Regierungsprogramm hinausgeschoben, auch die Maklergebühren usw. Inhaltlich, was die Susi jetzt angesprochen hat, brauchen wir überhaupt nicht diskutieren, nanet nana, ist das dringlich und es werden die Wohnkosten draußen immer teurer, die Mieten für die Leute aber nicht nur für Junge, sondern für jeden und jede. Dankenswerterweise gibt es die Studien von der Arbeiterkammer, aber jeder, der nicht blind ist und mit den Menschen zu tun hat, weiß, wie die Situation draußen ist, wir brauchen leistbare Wohnungen für junge, für mittlere, für ältere Menschen, zwei Drittel der Ansuchenden aller Altersgruppen am städtischen Wohnungsamt liegen mit ihren Bezügen, Pensionen oder Einkommen unter der Armutsgrenze und für alle diese Menschen brauchen wir leistbaren Wohnraum. Für Junge, liebe Kolleginnen und Kollegen da im Gemeinderat, hat die Stadt Graz ihre Aufgaben schon längst erfüllt. Nicht nur, dass wir eine überdurchschnittlich gute Wohnversorgung für unter 27-Jährige, bis zu 20 % bei den Neuzuweisungen, haben in den letzten Jahren, wenn man auf die Ziffer geht, die die Kollegen Susi Bauer hat mit Jungfamilien bis zum 35. Lebensjahr, es gibt ja sogar, und bitte schaut euch einmal die Richtlinien an, ihr wollt im Juni eine Richtliniendiskussion im Ausschuss haben und schaut euch das gar nicht an. Junge Leute und Jungfamilien werden gesondert mit Extrapunkten bedacht, das heißt, es reicht automatisch, dass ich eine junge Familie bin und ich habe schon die nötige Punkteanzahl, das heißt, die werden überproportional gut mit Gemeindewohnungen wohnversorgt und es braucht über die Richtlinien, weil das jetzt nämlich auch noch vermischt worden ist bei der Debatte, keine extra Punktebewertungen, weil die gibt es ja schon bitte (*Applaus KPÖ*). Also die Sachen genau lesen und im Übrigen ist diese ganze Debatte unehrlich, weil das ist, als wenn die Stadt Graz ein Fernheizwerk betreiben würde, sie

stellt es ab das Fernheizwerk, dreht es ab und sagt dann dem Hausmeister, bitte schau, dass die Wohnungen warm bleiben, weil genau in dieser Position befindet sich die Stadt Graz. Wenn man sich wünscht und wenn ihr das heute beschließt, gerne, ich sehe das wirklich nicht als großes Problem an, dann müsst ihr wissen, dass das Land Steiermark die sozialen Wohnbaumietförderungen generell vergibt und wenn man für junge Menschen eine eigene Schiene benötigt, dann braucht es eine eigene Schiene beim Land, um diese Gruppe gesondert zu unterstützen und zu fördern. Wenn man das möchte, kann ich das gerne unterstützen, deswegen haben wir auch, um das zu konkretisieren und der Wahrheit gerecht zu werden, einen Abänderungsantrag, weil nur das, wenn ihr das wirklich wollt, dass man explizit Jungfamilien und Jugendliche unterstützt, kann man das nur so machen. Außer die Stadtregierung entschließt sich auf Stadtebene und sagt, wir nehmen gesondert Sondermittel in die Hand und unterstützen mit Eigenmitteln der Stadt Graz, aber das schaue ich mir angesichts dieser Debatte, die wir heute schon ein paarmal gehabt haben, da an, ob das möglich sein wird. Weil ihr müsst wissen, dass wir bisher schon in den letzten fünf Jahren und auch weiterhin vorhaben, das ist auch mit dem Stadtrat Rüschi und mit der zuständigen Liegenschaftsabteilung so besprochen, weitere Grundstücksankäufe tätigen werden müssen, um ein Sonderwohnbauprogramm 2 zu schaffen und zwar für alle, wenn wir sagen, wir wollen das selber bauen, bin ich die Erste, die dafür ist. Müssten wir aber, wie die Genossenschaften, 20 % aber auch an Eigenmitteln zusätzlich in die Hand nehmen. Wenn wir das können und uns leisten wollen, gerne. Wir haben jetzt bald Budgetgespräche, ich werde gerne euch dann im September darüber berichten, wie sie ausgefallen sind (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eber**: Ich darf nun den angekündigten Abänderungsantrag einbringen, inhaltlich hat die Elke Kahr ja schon einiges dazu gesagt. Der Abänderungsantrag soll lauten:

Der Gemeinderat der Stadt Graz richtet eine Petition an das Land Steiermark, in welcher eine eigene Förderschiene für leistbares Wohnen für Jugendliche und Jungfamilien geschaffen wird.

Soweit also der Antragstext. Zur Klarstellung noch einmal, es gibt jetzt natürlich die Fördermechanismen für den sozialen Wohnbau, da wird selbstverständlich aber bislang nicht unterschieden nach Personengruppen, sei es nach dem Alter, sei es nach anderen Kriterien. Um dem Antrag von der Kollegin Susi Bauer meines Erachtens oder unseres Erachtens gerecht zu werden, also müsste man da eine eigene Förderschiene auf die Beine stellen. Ich möchte nur einen Satz noch sagen unter dem Motto, wer im Glashaus sitzt. Die Kollegin Schartel von der FPÖ hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Einkommen zu niedrig sind und auf der anderen Seite die Lebenskosten immer mehr steigen, Betriebskosten steigen, die Mieten steigen und ich möchte da schon auch noch einmal der Klarheit wegen festhalten, auch die FPÖ hat dem Automatismus zugestimmt, dass die Betriebskosten automatisch erhöht werden sollen in unserer Stadt, in Graz, und es war, das ist eh auch schon angekommen, es war auch die FPÖ, die im Stadtsenat gemeinsam mit der ÖVP die Erhöhung der Richtwertmieten oder gegen die Aussetzung der Erhöhung der Richtwertmieten mit 1.4.2014 gestimmt hat. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Herr Gemeinderat Eber, an dieser Stelle möchte ich schon eines ansprechen und das war auch in der Zeitung zu lesen. Ich habe es schon etwas befremdlich gefunden, dass kein einziger Kompromissvorschlag, dass kein einziges Verhandlungsgespräch geführt wurde von Seiten der zuständigen Stadträtin. Ich weiß, dass man sich irgendwo in der Mitte hätte treffen können. Wie du weißt, habe ich inhaltlich mit der Elke Kahr mitgestimmt, weil ich gesagt habe, schauen wir uns an, ist es für heuer budgetiert, das war für heuer budgetiert, damit war es für mich auch in Ordnung. Langfristig muss man auch aus meiner Sicht drüber reden, wie

man da langsam nachziehen kann, wie wir das auch beim Gebührenscheck machen. Du hast den Gebührenautomatismus angesprochen. Wir haben es umgesetzt, dass jene Menschen, die einkommensschwach sind, einen Gebührenscheck, also diese Abfederung mit einem Jahr in Zeitverzögerung bekommen und ich finde es wirklich schade, dass es überhaupt keine Wortmeldung, dass es keine Erreichbarkeit gegeben hat und dass jetzt diese Richtwerterhöhung in voller Höhe zum Tragen kommt. Das ist am letzten Freitag leider so passiert.

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Geschäftsordnung: Ja, das muss man richtigstellen, weil die Stadtssenatssitzung, wo das das erste Mal auf das Tablett gebracht wurde, ist diskutiert worden, es wurde der Wunsch geäußert, das dann in die nächste Stadtssenatssitzung zu verlegen, weil damals drei KollegInnen im Stadtssenat gefehlt haben und man unter Anwesenheit aller diskutieren wollte, was ich auch für selbstverständlich und richtig befunden habe. Bis am Vortag des Stadtssenates hat es keinen einzigen Versuch gegeben, mit mir irgendwie zu reden oder zu sagen, es hat in der Nacht davor, am Spätabend, den Versuch gegeben von Stadtrat Rüschi, mich telefonisch zu erreichen, das ist in dem Fall nicht gelungen, weil an diesem Abend wirklich mein Handy kein Akku gehabt hat und er mich nicht erreicht hat. Aber ihr hättet ja gerne am Tag des Stadtssenates darüber reden können, das ist beschlossen worden ohne irgendeine Wortmeldung von euch.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also liebe Elke, auch ich habe versucht, dich zu erreichen, weil ich gewusst habe, dass wir nicht die Mehrheit haben werden und du warst für mich am Vortag auch nicht erreichbar und nachdem du die zuständige Stadträtin bist, gehe ich schon davon aus, dass du dich dafür ins Zeug haust, dass die

Erhöhung nicht in voller Höhe zum Tragen kommt, aber das ist eine andere Frage (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf StR.in Kahr: Ich habe mich ins Zeug gehaut, damit sie nicht zum Tragen kommt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Ich werde nicht mehr allzu viel sagen, möchte auf drei Punkte noch eingehen. Die Vergaberichtlinie ist in Überarbeitung, meiner Information nach wurde die Evaluierung erst jetzt ausgeschrieben, das heißt, wir werden erst sehen, wie die Vergaberichtlinien in Zukunft zu gestalten ist, wenn wir die Evaluierungsergebnisse kennen, aber das gilt ja nur für die Gemeindewohnungsvergabe und wir haben natürlich auch anderen Bedarf. Zum Zusatzantrag, Herr Kollege, die Förderschiene ist das eine, aber das Machen wie ist das andere und ich wollte heute hier, dass wir uns hier in Graz Gedanken machen, wie kann das Bauen oder das Wohnen für junge Menschen ausschauen. Es kann durchaus auch das Ergebnis sein, dass die Förderungsschiene zu adaptieren ist oder dass wir Wünsche haben, aber das ist dann das Ergebnis dieser Arbeit, die zuerst hier in der Stadt gemacht werden soll. Das Dritte, ja Wohnen ist für alle interessant und die hohen Wohnungskosten treffen alle. Es ist aber natürlich auch ganz klar gewesen, und, liebe Elke, da muss ich dir replizieren, im November-Gemeinderat hast du einen dringlichen Antrag, wo es um das Thema Wohnungsvorsorge für alle ging, auch hat deine Fraktion auch dagegen gestimmt. Also, weil du gesagt hast, ja es ist im Laufen, ja, ich warte auch hier ab, aber das Thema für junge Menschen ist prioritär, genauso wie andere Personengruppen, wie auch Ältere, besondere Bedürfnisse und Anforderungen an das Thema Wohnen haben. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

4) Lehrwerkstätten der in der Sturzgasse – Beibehaltung bzw. Projekterweiterung

GR. **Hötzl** und GR. Mag. **Haßler** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Es geht um die Lehrwerkstätten in der Sturzgasse, nämlich um die Beibehaltung und um die Projekterweiterung. In der Sturzgasse betreibt die GBG seit Längerem das erfolgreiche Modell einer Tischlerei, die auch als Lehrwerkstätte dient. Dieses Unternehmen fertigt nicht nur für die Einrichtungen der Stadt Graz entsprechendes Mobiliar an, die Dienste dieser Einrichtung können auch von Privaten in Anspruch genommen werden. Das Projekt kann auf eine lange Liste zufriedener Kunden verweisen. Durch die Neugestaltung der Sturzgasse soll nun aber diese Werkstätte ausgelagert werden, weshalb die räumlichen Ressourcen zur Beibehaltung der Lehrwerkstätte und des fertigenden Betriebes nicht mehr zur Verfügung stehen sollen.

Aus Sicht der Gemeinderatsklubs der SPÖ und der FPÖ wäre eine derartige Maßnahme aber kontraproduktiv, widerspricht sie doch der unlängst gefassten und beschlossenen Lehrlingsinitiative für das Haus Graz. Nach unserer Meinung wäre es notwendig, dieses Erfolgsprojekt auch auf andere Sparten auszuweiten und den Werkstattbetrieb in der Sturzgasse beizubehalten. Dieses Modell könnte demnach

auf sämtliche fertigende Bereiche des Hauses Graz ausgeweitet werden, was zur Folge hätte, dass die in Frage kommenden Abteilungen eine gemeinsame Werkstatt in der Sturzgasse betreiben könnten. Diese Maßnahme soll zudem auch für weitere entsprechende Lehrlingsausbildungsplätze sorgen. Die Stadt Graz kann letztendlich nur über den Weg des Hauses Graz ihr Ziel, eine profunde und zahlenmäßig umfassende Lehrlingsausbildung zu gewährleisten, auch erreichen.

Aus diesem Grund ergeht namens des sozialdemokratischen und des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Beteiligungsreferenten, mit der Empfehlung des Gemeinderates, die Tischlerei-Einrichtung in der Sturzgasse beizubehalten, an die GBG heranzutreten. Ferner wird der Beteiligungsreferent der Stadt Graz ersucht, mit der Zielsetzung, die Einrichtung anderer Handwerksbereiche in der Sturzgasse in Erwägung zu ziehen beziehungsweise den rechtlichen Rahmen für verstärkte Lehrlingsaufnahme in diese Betriebe zu prüfen, an sämtliche in Frage kommende Stellen des Hauses Graz heranzutreten. Der Gemeinderat hält ausdrücklich fest, dass derartige Empfehlungen keinerlei Weisungscharakter haben, wären Weisungen im verwaltungsrechtlichen Sinne im konkreten Fall juristisch denkunmöglich.

Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Christoph, SPÖ-Fraktion! Ja, ich glaube, man muss einmal grundsätzlich einen Unterschied herausarbeiten bei dem Antrag und zwar du sprichst hier von Lehrwerkstätten und in Wirklichkeit haben wir hier aber einen Betrieb, der Lehrlinge ausbildet, das ist ein grundsätzlicher Unterschied, ob ich eine Lehrwerkstatt betreibe oder einen Betrieb habe, der Lehrlinge ausbildet. Nur einmal so viel. Wenn ich eine Lehrwerkstätte einrichten möchte, dann muss ich jetzt nicht dazu jetzt unbedingt einen Riesenbetrieb haben, eine Lehrwerkstätte kann ich auch in einem Muster quasi einrichten. Jetzt haben wir die Situation, dass die GBG die Gebäude da unten in der Sturzgasse bereits quasi abgegeben hat, damit dort ein Ausbau und Umbau stattfinden kann. Dass man natürlich im Zuge des Hauses Graz darauf schauen muss und darauf schauen soll, dass Lehrlinge ausgebildet werden, ist eine Non-Geschichte. Selbstverständlich schauen wir da. Die Frau Vizebürgermeister hat erst unlängst ein Projekt vorgestellt, gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister, 500 Lehrstellen sollen in den nächsten Jahren in der Stadt hergestellt werden und Lehrlinge sollen ausgebildet werden. Das ist ein mustergültiges Projekt und ich würde sagen, das ist eine tolle Geschichte, die schon im Laufen ist. Jetzt zusätzlich noch etwas in die Wege zu leiten mit einer zusätzlichen Lehrwerkstätte, noch dazu, wenn man jetzt bei den Tischlern beginnen, die auf dem freien Markt derzeit wahrscheinlich kein Unterkommen finden würden, da Tischler halt derzeit nicht gefragt sind. Aber, und da sage ich, das ist sehr wichtig, wir sollen prüfen, ob es vielleicht noch andere Sparten gibt, wo wir Lehrlinge ausbilden können, wo wir Lehrlinge zusätzlich ausbilden können und das soll durchaus im großen Gefüge des Hauses Graz gemacht werden. Daher gibt es von uns bezüglich der Dringlichkeit zum Ausbilden der Lehrlinge natürlich eine Zustimmung, da sind wir dabei, aber die Einschränkung ist, man soll eben prüfen, wo das stattfinden kann, ich würde es nicht explizit jetzt auf die Sturzgasse festlegen, denn da wird es wahrscheinlich nicht möglich sein. Aber grundsätzliche Prüfung, wo können wir Lehrlinge ausbilden, welche Lehrberufe können wir damit anbieten, gemeinsam mit der Holding, das ist

eine sinnvolle Geschichte und man muss genau darauf schauen, dass unsere Jugendlichen entsprechend die Chance haben, einen Job zu erlangen und zu erlernen und dass sie dann mit einer Ausbildung, die dann auch vernünftig ist und mit dem sie auch dann in der freien Wirtschaft bestehen können, dass wir ihnen diese Chance geben. Daher ja für Lehrlingsausbildungsprüfung, die Sturzgasse wird es wahrscheinlich nicht werden (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich möchte mich vorab einmal bedanken bei den Kollegen Hötzl und Haßler für diesen dringlichen Antrag, den wir für eine sehr wichtige Initiative halten und dem selbstverständlich zustimmen werden. Wir haben ja vorgestern den Wirtschaftsbericht der Stadt Graz präsentiert bekommen und da auch Zahlen im Ausschuss diskutiert. Ich möchte das vielleicht hier zur Kenntnis bringen, weil ich diese Zahlen wirklich für dramatisch halte. Wir hatten im April 2011 rund 900 offene Lehrstellen und im April 2012 800 offene Lehrstellen in Graz und Graz-Umgebung. Im Jahr 2013 waren es dann im April nur mehr 300 offene Lehrstellen und wie ich gehört habe, hat sich das seitdem auch nicht verbessert. Gleichzeitig, und das wissen wir alle, herrscht Fachkräftemangel, wir versuchen von überall her, also ich habe vor kurzem gelesen, derzeit gerade aus Spanien und aus Kroatien, Fachkräfte in die Steiermark zu holen, weil wir zu wenig Fachkräfte haben. Wir wissen auch, dass die Situation am Lehrstellenmarkt schwierig ist, in der Wirtschaftskammer diskutieren wir gerade Modelle, wie wir die Lehre attraktiver machen können, zum Beispiel durch Lehre mit Matura, also ein duales Ausbildungssystem beziehungsweise auch ein Modell, dass mehrere Betriebe gemeinsam einen Lehrling ausbilden können, weil das gerade für kleine Unternehmen oft schwierig ist, Lehrlingsausbildung zu machen. Bei solchen Modellen geht es immer darum, einerseits die Lehrlingsausbildung attraktiver zu machen

sowohl für Lehrlinge als auch für Unternehmerinnen und Unternehmer, und dazu braucht es aber Gesetzesänderungen und Forderungen und das dauert natürlich. Daher ist es sehr wichtig, dass die Stadt Graz hier einspringt und ihr Lehrlingsprojekt massiv betreibt und auch mit einer Maßnahme wie der, die im dringlichen Antrag gefordert wird, unterstützt. Zum Kollegen Pogner, lieber Harry, wir haben nämlich vorgestern im Wirtschaftsausschuss auch gehört von einem sehr tollen Projekt, das derzeit im Laufen ist mit dem Ziel, 400/500 Lehrstellen zu schaffen, haben wir im Jahr 2013 12 geschaffen, wurde uns gesagt im Wirtschaftsausschuss, also das ist wirklich ein sehr dringendes Thema und ich denke, wir sollten auf keine Möglichkeit verzichten, Lehrstellen zu schaffen und zu erhalten (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Natürlich trägt die SPÖ diesen Antrag mit und mit vollem Herzen mit, weil es für uns eine hohe Priorität hat für Menschen, die ohne Beschäftigung sind, bessere Perspektiven zu schaffen und wenn jetzt der Kollege Pogner sagt, dass es an dem konkreten Standort nicht gehen wird, da geht es, glaube ich, nicht um den Standort, sondern es geht darum, dass etwas geschaffen wird und dass man für das Haus Graz eine Ausbildungsstätte, Ausbildungszentrum schafft, wo man dort, wo Synergien möglich sind, einfach die Ressourcen zusammenfasst und dort eine bessere Möglichkeit für Ausbildung noch bieten kann. Ich glaube, der Kollege Hötzl wird den Antrag eh noch abändern und vielleicht können wir dann noch mit mehr Schlagkraft in diese Richtung gehen. Wir haben ja schon bei der Ressortverteilung darauf gedrängt, dass das Thema Arbeit und Beschäftigung eine höhere Priorität bekommt, und als sichtbares Zeichen war es uns wichtig, einfach auch in der Stadtverwaltung in

Graz eine zentrale Ansprechstelle für dieses Thema zu schaffen und das ist glücklicherweise in der Zwischenzeit gelungen. Es ist eh schon erwähnt worden, dass die Frau Vizebürgermeister da einen sehr starken Fokus auch auf das Thema Jugendbeschäftigung legt und in der Vergangenheit auch immer gelegt hat und dass jetzt eine Grazer Lehrlings- und Ausbildungsinitiative aufgrund unserer Initiativen gestartet wurde mit der Pressekonferenz jetzt auch im Februar und dass die Stadt Graz eben das Ziel hat, der größte Lehrherr im Bereich der Stadt Graz zu werden. Wichtig, das sieht man auch, und ich habe die Statistik mit vom Arbeitsmarktservice von Ende März: im Großraum sind derzeit 16.800 Menschen ohne Beschäftigung und davon sind 2.200 unter 25 Jahre. Gerade in diesem Jugendbereich ist ein großes Problem auch da und ich glaube, wir alle wollen und kennen die Bilder noch aus dem Süden von Europa und wir wollen unserer Jugend im Grazer Bereich bessere Perspektiven bieten. Deshalb ist es wichtig, dass wir gemeinsam ein klares Zeichen zur Förderung der Grazer Jugendlichen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen setzen und ich denke, mit diesem gemeinsamen dringlichen Antrag schaffen wir eben die Voraussetzungen, dass wir da diese Ressourcen noch besser unter einen Hut bringen und vielleicht unser Ziel rascher und besser erreichen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl:** Es zeichnet sich eine sehr breite, wenn nicht einstimmige, Zustimmung ab, und um der ÖVP das Zustimmung noch leichter zu machen oder beziehungsweise um den Antrag einfach zu konkretisieren und auch um das Ergebnis, um das es letztendlich geht, auch zu verbessern oder zu optimieren, möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, der eigentlich nur den Antrag dahingehend erweitert, dass die Örtlichkeit innerhalb des Hauses Graz mehr oder weniger gleichgültig ist, das heißt, uns geht es darum, dass wirklich mehr Lehrlingsausbildungen, mehr Lehrplätze geschaffen werden, wo auch immer. Dann verlese ich den Abänderungsantrag: „Der

Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Beteiligungsreferenten, mit der Empfehlung des Gemeinderates die Tischlerei-Einrichtung in der Sturzgasse beizubehalten oder an einer anderen Örtlichkeit des Hauses Graz neu einzurichten, an die GBG heranzutreten. Ferner wird der Beteiligungsreferent der Stadt Graz ersucht, mit der Zielsetzung, die Einrichtung anderer Handwerksbereiche in der Sturzgasse oder an einem anderen Örtlichkeit des Hauses Graz in Erwägung zu ziehen beziehungsweise den rechtlichen Rahmen für verstärkte Lehrlingsaufnahme in diese Betriebe zu prüfen, an sämtliche in Frage kommende Stellen des Hauses Graz heranzutreten. Der Gemeinderat hält ausdrücklich fest, dass derartige Empfehlungen keinerlei Weisungscharakter haben, wären Weisungen im verwaltungsrechtlichen Sinne im konkreten Fall juristisch denkunmöglich.“

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Novelle zum Landes-Sicherheitsgesetz; Wegweiserecht für die Dauer von zwölf Stunden

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Damen und Herren! In meinem dringlichen Antrag geht es, wie gesagt, um eine Petition an den Landesgesetzgeber für eine Novelle des Landessicherheitsgesetzes. Dort soll im Wegweiserecht eine auch zeitliche Dimension implementiert werden, nämlich ein Wegweiserecht für die Dauer von 12 Stunden eingeführt werden und Ziel ist es, dabei einen Rahmen zu schaffen, einen rechtlichen

Rahmen zu schaffen für die Sicherheitsbehörden, für die Exekutive, damit sie hier eben auch noch effektiver wegweisen können und hier auch die Amtshandlungen durchführen können. Es hat sich einfach gezeigt, dass das nicht immer effektiv war, weil es eben diese zeitliche Festlegung nicht gegeben hat und da, so sprichwörtlich, einmal um den Häuserblock gehen, warten bis die Sicherheitsbehörden weg sind und sich dann wieder hinstellen, durchaus gang und gäbe war und das wäre eben aus rechtlicher Sicht hier künftig zu verhindern (*Applaus FPÖ*). Das ist jetzt nicht alleinig ein Vorstoß, eine Initiative der FPÖ, sondern das ist natürlich auch aufgrund eines Drängens der Sicherheitsbehörden erfolgt, dass wir das heute auch einbringen und uns da als Stadt Graz klar aussprechen und dem Land auch diese Petition schicken, weil es ganz einfach auch für die Sicherheitsbehörden eine entsprechende Erleichterung darstellt. Es soll keine, und das möchte ich hier auch sagen, keine Lex Billa-Eck sein, das ist natürlich in anderen Bereichen genauso anzuwenden. In Wien, wo es ja definitiv auch im Landessicherheitsgesetz drinnen steht, war der Anlassfall derjenige, dass es immer Demonstrationen vor den Praxen von Gynäkologen, wir wissen, die Abtreibungsgegner haben sich dort hingestellt und entsprechend ist das der Anlassfall beispielsweise in Wien gewesen, um auch dieses Zwölf-Stunden-Wegweiserecht zu implementieren. Entsprechend gibt es eben verschiedenste Bereiche, wo dieses Wegweiserecht für die Dauer von zwölf Stunden sinnvoll ist. Ich möchte aber trotzdem ganz kurz das Billa-Eck auch ansprechen. Also es ist schon so, dass man merkt, wenn man dort tatsächlich auch kontrolliert, wenn man dort tatsächlich auch Strafen ausspricht, dass das Wirkung erzielt und dass es sich in den letzten Wochen, wo das auch durchgeführt wird seitens der Sicherheitsbehörden, sich die Situation, die Probleme verbessert haben (*Applaus FPÖ*) und jetzt geht es darum, einfach ein noch weiteres Instrument zu schaffen, dass noch effektiver auch hier für Sicherheit im öffentlichen Raum gesorgt werden kann. Also das ist auch die Stoßrichtung dieses dringlichen Antrages.

Deshalb bringe ich diesen

d r i n g l i c h e r A n t r a g

mit folgendem Text auch ein:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz treten namens des Gemeinderates der Stadt Graz an den Petitionsausschuss des Landes Steiermark mit folgendem Anliegen heran:

Das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz möge dahingehend novelliert werden, dass neben dem bereits bestehenden Wegweiserecht auch die Bestimmungen des § 3 WLSG gesetzlich verankert werden sollen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Klubobmann! Auf der zweiten Seite Ihres Antrages fällt mir ein ganz besonders, für mich ganz besonders angenehmer, ganz ohne Unterton, Satz auf, der nicht fett gedruckt ist: „Bei allem Verständnis“, schreiben Sie, „für die betroffenen Personen gilt es doch, die öffentliche Ordnung dauerhaft zu gewährleisten.“ Wir haben den Antrag gestern lange besprochen und ich persönlich, aber ich spreche ja nicht nur für mich, sondern auch für meine Fraktion, ich persönlich bin besonders empfindlich und würde mich als sehr kompromisslos und pingelig einschätzen, wenn es darum geht zu krakeelen beziehungsweise zu verschmutzen und zu vermüllen. Ihnen geht es aber jetzt ganz besonders um diesen, ich nenne ihn einfach Paragraph 3 zur Verschärfung, jetzt habe ich gerade die Ohren gespitzt, weil Sie gesagt haben, es hat sich ja schon sehr vieles verbessert, nachdem es ja dieses Wegweiserecht schon gibt. Also, noch einmal, Ihnen geht es aber um diese Verschärfung dieser Möglichkeit wegzuweisen und wie Sie ja schreiben, allerdings fettgedruckt, wäre ja die Folge einer Wegweisung, die dann nicht beachtet wird, eine Geldstrafe von 700 Euro beziehungsweise eine Ersatzfreiheitsstrafe. Und

aus diesem Grund werden wir nicht zustimmen, weil diejenigen Damen und Herren der weniger etablierten Gesellschaft, die das ja betrifft, aller Wahrscheinlichkeit nach diese 700 Euro im Falle des Falles nicht einbringen können und dann halt, salopp gesagt, eine Woche in den Knast gehen und was dabei verbessert wurde dann im Endeffekt, ist uns nicht ganz klar. Also wegen dieser Uneinbringlichkeit und der Möglichkeit, dass sich das Problem dann verschärft, sind wir gegen den Antrag. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Mitglieder des Gemeinderates! Vorausgeschickt, wir werden diesen Antrag weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen. Die Überlegung, die dahinter steckt, ist für mich noch ein bisschen fragwürdig, Sie beziehen sich auf das Wiener Landessicherheitsgesetz. Dort steht nämlich, ich habe mich erkundigt, eine Präambel und die lautet folgendermaßen: Ziel dieses Gesetzes ist, unter vorrangiger Einbringung der vielfältigen Hilfestellungen und Einrichtungen im sozialen Bereich, welche die Gemeinschaft den Menschen anbietet, Beeinträchtigungen des örtlichen Gemeinschaftslebens wirksam und rasch entgegenzutreten zu können.

Die Anwendung des Wiener Landessicherheitsgesetzes vorgesehene Maßnahme ist daher als ultima Ratio konzipiert. Beeinträchtigungen des Gemeinschaftslebens sollen vorrangig durch die Einbindung von Sozialeinrichtungen vermieden werden. Und das ist, worauf ich hinaus will. Wir haben in Graz im Jahr 2011, das habe ich das letzte Mal berichtet, ein Konzept, haben Vorschläge gemacht, wie man dieses Thema angehen kann. Bis jetzt wurde wenig realisiert, es steht dieses Konzept aus. Das andere ist, wir könnten uns Beispiele anschauen, ich kann mich erinnern, bei der letzten Sitzung hat der Kollege Pogner zitiert, dass in der Schweiz eben die gescheitert waren mit ihrem Angebot, es gibt viele Angebote in der Schweiz und ich habe sie besucht und gesehen und dort war die Polizei sehr erfreut, dass es Konsum... gibt, wo

diese Menschen sich zurückziehen können, wo die Menschen hingehen können, ihren Tag verbringen können und wo sie einfach gut erreichbar sind, auch für die Polizei und da habe ich mir gedacht, naja, was schaffen wir damit? Wir wollen bestimmte Menschen aus der Stadt wegschaffen, das ist die Sicherheit, mir fehlen da die Fakten. Ich habe mich erkundigt heute, wo gab es jetzt in der letzten Zeit irgendwelche Wegweisungen, die Polizei hat mir keine Daten genannt, aber die Kollegen vom Streetwork haben gesagt, es hat sich eigentlich nicht viel getan, es waren sogar in den Tagen, jetzt wo es schön warm war am Hauptplatz, über 80 Menschen sind dort gestanden und es gab keine Vorkommnisse. Also die Frage ist für mich wirklich offenzulassen, worum geht es da? Wir wollen Menschen vertreiben, die uns nicht passen und da gibt es natürlich noch eine Möglichkeit zu schauen, das haben wir ja gerade im vorherigen Antrag besprochen, das Thema Arbeit und ich denke mir, es sind Menschen, die einer Arbeit bedürfen, es sind Menschen, die bestimmter Arbeitsprojekte bedürfen, da habe ich heute eben einen Antrag eingebracht zum Thema Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes und eigentlich sollten wir überlegen über den Ausbau des dritten Arbeitsmarktes mit der jetzigen Arbeitslosensituation. Insofern werden wir diesen Antrag, wie ich bekanntgegeben habe, nicht unterstützen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Sozialdemokratie war die Befassung mit diesem Antrag keine einfache Sache, Sie wissen, dass wir versuchen, in erster Linie einen Zugang zu finden, um Menschen sozusagen, die sich ein Stück weit außerhalb der Gesellschaft positioniert haben, wieder in diese zurückzuholen, sie zu unterstützen, in ihren Bedürftigkeiten zu erfassen und sie auch sozialarbeiterisch zu begleiten und wieder hereinzuholen und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, Anteil zu nehmen am gemeinschaftlichen

Leben. Der Antrag, der jetzt vorliegt, vom Herrn Klubobmann Sippel bezieht sich nicht auf eine Gesamtänderung des Landessicherheitsgesetzes in der Steiermark, sondern ist ein Antrag, einen Passus aus dem Wiener Landessicherheitsgesetzes mit in die Steiermark hereinzunehmen. Das Wegweiserecht besteht nach dem Steirischen Landessicherheitsgesetz immer schon, ist genau ausgeführt, ist nachzulesen im Landessicherheitsgesetz der Steiermark. Die Zusatzklausel sozusagen, die jetzt hier im Petitionsweg beim Landesgesetzgeber beantragt werden soll, besagt ja nur, dass die Wegweisung, wenn sie nicht dauerhaft wirksam ist, dann mit diesem Paragraphen sozusagen unter Strafdrohung für zwölf Stunden in einem Umkreis von 150 Metern von diesem Ort durchgesetzt werden kann. Das was aber, glaube ich, wichtig ist in dem Zusammenhang, gerade weil der Kollege Vargas intensiv darauf hingewiesen hat, welche sozialpolitischen Maßnahmen wir zu setzen haben, ist, darauf zu verweisen, dass im Steirischen Landessicherheitsgesetz ein Passus vorhanden ist, die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben bei Amtshandlungen, die im Einzelfall in Frage kommenden öffentlichen Einrichtungen im sozialen Bereich zu verständigen, wenn die von der Amtshandlung betroffenen Personen offensichtlich der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist festzuhalten, dass wir diesen Passus bereits im Landessicherheitsgesetz haben. Wir haben uns lange beraten, wir gehen davon aus, dass es dort und da Probleme gibt, dass es wahrscheinlich auch notwendig ist, die Sicherheitskräfte mit den entsprechenden Durchsetzungsmöglichkeiten auszustatten und wir werden deshalb dieser Petition unsere Zustimmung erteilen (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Auch die ÖVP wird dem Antrag zustimmen und zwar auch deshalb, weil wir unter anderem, ich habe den Antrag damals selbst eingebracht, ja die Hot Spots Sozialarbeit gefordert haben und die dann auch eingeführt wurde, es ist ja nicht so, dass beim Billa-Eck niemand sich um die Menschen kümmert und Angebote

macht. Wir haben Streetworker dort, wir haben uns auch immer sehr stark dafür eingesetzt, dass das Projekt Erfa entsprechend unterstützt wird und dass genau diese Maßnahmen der Tagelöhnerarbeit quasi für jene, die nicht vier oder acht Stunden regelmäßige wo arbeiten können, dass sie auch entsprechend Angebote bekommen, dass sie mithelfen können, dass sie wieder einen Weg zurück in die Gemeinschaft etc. finden. Faktum ist aber, und das haben wir hier schon ausführlich diskutiert, dass es sehr wohl um unleidliches Verhalten geht, das nicht jene zu spüren bekommen, die ab und zu da hier im Gemeinderat darüber diskutieren, sondern jene zu spüren bekommen, die beim Bandagisten arbeiten, die beim Billa arbeiten, die in anderen Geschäften arbeiten bis hinauf zum... wo dann Drogen versteckt werden, wo es zu Handgreiflichkeiten, Messerstechereien, wo alles Mögliche passiert. Wenn Leute in einer Verfassung sind, die es nicht zuträglich macht, dass sie sich auf dem Platz aufhalten, dann ist es sinnvoll, dass die Polizei auch die Möglichkeit hat, das auch für einen längeren Zeitraum zu tun. Erstens, weil die Polizei ja nicht ständig vorbeigeht und daher schauen kann, was passiert, was bei manchen Ecken und zu manchen Tageszeiten in der Stadt wünschenswert wäre, da gibt es viele Gründe dafür, die Polizei behauptet, es wäre der Personalmangel, ich glaube auch, muss das auch einmal da hier sagen, es muss auch ein gewisser Wille dazu sein, dass man auf die Straße geht und entsprechend aktiv wird. Faktum ist aber, dass es notwendig ist, gewisse Personen nicht ständig, aber immer wieder, auch einmal über eine längere Zeit von diesem Platz fernzuhalten. Das kann in dem Fall das Billa-Eck betreffen, das betrifft aber auch andere Teile der Stadt, es kann auch einmal sein, dass das ein Paragraph ist, der im Uni-Viertel zur Anwendung kommt bei jemandem, der von dort weggewiesen wird und nicht ums Eck geht und dann weiter zum Raufen kommt vor irgendeinem Uni-Lokal. Also insofern ist es ein sehr sinnvoller Antrag und ich hoffe, dass gerade die am Billa-Eck Angesprochenen, die Maßnahmen, die wir gesetzt haben, auch annehmen, sie die Möglichkeit sehen, dass es über Erfa sehr wohl sehr gute Einstiegsmöglichkeiten gibt und deshalb wird die ÖVP diesem Antrag zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.05 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** zum Antrag: Nur ganz kurz. Aus Ihrer Fraktion hat es nach meinem Wissen ja vom Herrn Korschelt schon diesbezügliche Aktivitäten gegeben, jetzt also nicht, was den Paragraphen betrifft, aber auch vom Herrn Lohr, was die Idee mit der Soziothek bitte betrifft und, ich denke schon. Ich habe ja gestern noch ein bisschen... und deshalb meine konstruktive Anregung. Soviel ich weiß ist das damals einstimmig angenommen worden, aber bis jetzt ist sie nicht eingerichtet und da wollte ich nur kurz einhaken, also das wäre unsere Vorstellung, dass man zum Beispiel wirklich das noch einmal aufgreift und sagt, es ist einstimmig angenommen worden, wir könnten das jetzt einrichten. Weil diese Geschichte mit dem Wegweisen, auch dann, wenn es zwölf Stunden lang dauert, es hapert ja, es ist ja nichts als ein Herumschicken. Aber die Geschichte mit der Soziothek finde ich einfach toll (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt ja einige, die es toll finden. Das Problem ist nur, dass man so selten im innerstädtischen Bereich einen Hausherrn findet, der sich vorstellen kann, dass das, was hier unter Umständen dann auch passiert, in seinem Haus passieren sollte und er dieses Gebäude auch zur Verfügung stellt. Und aus dem Grund ist die

Idee der Soziothek sehr schwer bis gar nicht umzusetzen. Da sind ja Anrainer und alles davon betroffen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Zu dem, ich freue mich, dass so viele Leute auf der Galerie sind, hallo. Zu dem, was jetzt gesagt worden ist zur Soziothek und so, da sind wir eh längst einer Meinung, die Kollegin hat es eh gesagt, das ist ein einstimmiger Beschluss gewesen, er harrt der Umsetzung, wir hoffen weiter. Ich glaube nur, es geht eigentlich um was anderes. Wir haben es, wie es der Kollege Grossmann gesagt hat, wir haben die Wegweisung im Gesetz. Die Wegweisung wird, wenn sie notwendig ist, ausgesprochen. Das heißt, wir haben eine ausreichende gesetzliche Grundlage. Wenn wir jetzt in eine Verschärfung gehen, dann frage ich mich warum soll schon wieder was verschärft werden und ich glaube, dass die Debatte eine andere ist und dass das eine Strategie ist. Ich erinnere daran, dass man mit Beethoven versucht hat, das Billa-Eck zu beschallen, von oben herab die Menschen zu vertreiben, ist gescheitert, jetzt kommt der nächste Versuch. Der nächste Versuch einer Erniedrigung, der nächste Versuch einer Ausgrenzung, also das ist was, wofür diese Politik für mich steht. Es geht immer wieder darum, Signale zu setzen, wir wollen euch nicht sehen, wir wollen euch nicht hier haben, wenn ihr euch nicht aufführen könnt, schleicht's euch. Zur Not mit Gesetzesanwendung und diese ständige Verdrängung derer, die Teil unserer Stadt sind, ist eine hochproblematische Geschichte. Als diese AKM-Geschichte damals im Laufen war, da hat ORF Steiermark heute einen Beitrag gemacht, ich weiß nicht, wer ihn gesehen hat, und da war ich sehr beeindruckt von einer sehr alten Dame, die auch gefragt worden ist, was sagen Sie zu der Musik, was sagen Sie zu den Leuten, die da am Billa-Eck sind? Die hat gesagt, ich wohne da ums Eck und seien wir uns ehrlich, zu so einer großen Stadt da gehört so etwas dazu, und das hat mich wahnsinnig beeindruckt, dass da Leute schon viel, viel weiter sind in ihrem Denken als wir scheinbar immer wieder mit diesen Anträgen hier herinnen. Und eines muss ich auch

noch sagen, welches Menschenbild steht dahinter, welches Menschenbild steht hinter einer Verdrängung, hinter einer Vertreibung letztendlich auch, aus den Augen aus dem Sinn. Es ist letztendlich zutiefst, für mich, rassistisches Menschenbild und in welche Richtung das geht, also wer immer den Europawahlkampf der freiheitlichen Aktion verfolgt hat, der gestern euren Parteichef gesehen hat beim Armin Wolf, der hat gesehen, welches Menschenbild Motiv dieses Handelns ist und das ist absolut abzulehnen, für uns als grüne Fraktion ist das absolut abzulehnen und wer diesem Antrag zustimmt, stimmt unserer Meinung nach auch diesem Menschenbild zu. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Es tut mir leid, liebe Astrid, also das ist zum zweiten Mal, dass du mit einer Behauptung da herausgehst und eine Unterstellung, die ein Skandal ist (*Applaus ÖVP und FPÖ*), das hat mit Rassismus überhaupt nichts zu tun. Wir bemühen uns als Stadt, sehr gegen Rassismus aufzutreten auch öffentlich. Der Bürgermeister und viele andere von uns, wir haben es immer verurteilt, wenn Leute aufgrund ihrer Hautfarbe oder auch aufgrund ihrer Religion in irgendeiner Weise herabgemacht worden sind. Zu sagen, wenn wir Wert darauf legen, dass Drogensüchtige wieder in ein normales Leben zurückkommen, dass nicht nur das Zuschauen, wie sie verrecken am Billa-Eck, das Ziel unserer Politik ist, dann zu sagen, wir sind Rassisten, das ist eine Sauerei (*Applaus ÖVP und FPÖ*), nein, es ist unerhört, das hat mit Rassismus überhaupt nichts zu tun und es ist die Konsequenz daraus, wenn sich jemand aufführt, dort die Verkäuferin attackiert bis hin...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Ja, aber der geht ums Eck und kommt wieder und deshalb geht es darum, dass man sagt, es kann auch für zwölf Stunden sein und nicht mehr und nicht weniger, das hat mit Rassismus gar nichts zu tun (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ich möchte hier auf den letzten Satz des Antrages noch einmal eingehen. Ich meine, dass mein Verständnis von öffentlicher Ordnung wohl ein bisschen was anderes ist als das der FPÖ, ist wahrscheinlich keine große Verwunderung. Allerdings will ich nur eingehen auf das, wenn hier steht, „bei allem Verständnis für die betroffenen Personen“ und da will ich noch einmal darauf hinweisen. Es gibt in der Steiermark das Recht auf Wegweisung und wenn wir jetzt einführen, dass es zu Geldstrafen in der Höhe von 700 Euro kommt beziehungsweise ansonsten zu Ersatzfreiheitsstrafen, ja glauben Sie, dass das irgendwas löst, das verschärft ja in Wahrheit die Probleme für die betroffenen Menschen noch viel weiter und insofern kann das einzig und allein als sozialpolitischer Rückschritt gesehen werden und da insofern auch mein besonderer Appell an die sozialdemokratische Fraktion, da noch einmal nachzudenken, nachdem wir heute irgendwie ja schon gehabt haben, dass ihr den Saal verlassen habt, weil ihr nicht gegen die Studiengebühren stimmen wolltet, vielleicht dass man hier das wieder ausgleichen kann und sozialpolitisch wieder einen Fortschritt machen kann. Vielen Dank (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich möchte nur sagen, da steht was drinnen und das möchte ich der Frau Polz-Watzenig auch noch sagen. Da steht drinnen, bei allem vor wortgewaltigen und teilweise körperlichen Auseinandersetzungen, und wenn Sie von erniedrigen

sagen, dann möchte ich sagen, es sind oft Personen, die andere, zum Teil auch unter Einfluss durch Drogen, erniedrigen oder ihnen Gewalt androhen oder es dann auch tatsächlich tun...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ja, ich glaube, der Thomas Rajakovics hat das klar gesagt, es geht oft darum, dass man irgendwann einmal auch wieder, wenn das vorkommt, da geht es nämlich darum, andere zu schützen, dass der nicht gleich wieder um die Ecke kommen kann und es geht wieder von vorne los. Und es ist auch etwas, weil irgendjemand auch gesagt hat, ich weiß nicht, ob Sie es auch waren, einer großen Stadt würdig, also wir sprechen da von einer Stadt, die größer ist und unsere Bundeshauptstadt ist, in der auch die Polizei damit umzugehen weiß mit dem Paragraphen, aber es gibt einfach eine Möglichkeit, Personen, denen du ja, ich sage es einmal aus der Sicht des Polizisten, gar kein Verfahren wird, weil du weißt eh, hat unter Umständen keine Bleibe, ist drogensüchtig, hat ein Alkoholproblem, hat keinen Job, was willst du da jedes Mal auch wieder ein Verfahren einleiten, das letzten Endes auch für den Betroffenen gar nichts bringt und wieder zu Gericht und all die Dinge. Da kannst einfach einmal sagen, bitte kühle zwölf Stunden ab und dann kommst wieder und dann schaut die Geschichte anders aus und in dem Sinn ist es zu sehen, das ist keine Verschärfung, sondern ich glaube, dass es in vielen Bereichen der Polizei ermöglicht, gewisse Verfahren gar nicht mehr anzustreben, weil sie ja eh keinen Sinn machen, weil dabei eh nichts herauskommt, weil da auch ein Strafausmaß, er nimmt es halt an, zahlen kann er nicht und, und, und. Ich glaube, dass es sogar eine Maßnahme ist, die das gar nicht nur verschärft, sondern zum Teil auch erleichtert, weil man sagt, in zwölf Stunden bist du wieder abgekühlt, die Situation beruhigt sich

wieder und da bist jetzt nicht da, so sehe ich es. Ich sehe es nicht als eine Verschärfung, das ist mir auch wichtig, dass ich das sage (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, da muss man schon genau hinschauen und wenn der Herr Bürgermeister sagt, ich verstehe auch Ihre Ansicht und Beschreibung der Sache, wir sollten schon auch schauen, wenn es wirklich ins Strafrechtliche geht, dann sollte eigentlich ein Strafrecht greifen. Diese Abkühlphase mag durchaus Sinn machen, aber es geht uns darum, dass einfach der aktive Zugang fehlt zu dem ganzen Problem. Wir schauen nur auf dieses Wegweisen hin und gehen...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...mein Gefühl ist es schon, aber kann man diskutieren.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Unsere Sozialarbeiter...

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Das ist ganz wichtig, dass dieser Weg ausgebaut wird, das sehen wir viel zu wenig und uns geht es ein bisschen um die Idee, wo das Ganze herkommt, von der FPÖ und das Menschenbild von denen. Es geht nicht nur um den Antrag, es

geht uns schon um die ganze Stimmung dahinter. Ich kann das an einem kurzen Beispiel machen. Ich glaube auch, dass manchmal das Rechtssystem zuwenig greift. Nehmen wir an, und das ist kein fiktiver Fall, es wird die Verhetzung verurteilt und der sitzt weiter im Parlament und noch eine Periode im Parlament. Vielleicht sollten wir dorthin schauen, wo die Sachen nicht greifen (*Applaus KPÖ und Grüne*). Wenn eine Partei, Personen, die rechtskräftig wegen Verhetzung verurteilt sind, im Parlament sitzen lässt, wieder für das Parlament nominiert...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Aber gewalttätige Demonstranten sind in Ordnung?

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Es geht darum, eine Partei, die so mit Verhetzung umgeht, indem sie Leute, die strafrechtlich nachgewiesen verhetzen, im Parlament sitzen lässt, dann muss ich genauer hinschauen bei Anträgen von dieser Partei und das muss man eigentlich hinschauen und deswegen sind wir gegen diesen Antrag auf jeden Fall. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Diese Wortmeldung hat mich jetzt, um es positiv zu formulieren, auch noch motiviert, dass ich mich zu Wort melde. Lieber Klubobmann Wohlfahrt, ich stimme dir zu, der Motivenbericht, mit dem bin ich auch nicht einverstanden, weil es geht nicht nur um das Billa-Eck und es geht vor allem mit dem Antrag auch nicht darum, jetzt grundsätzlich die Menschen am Billa-Eck zu verneinen, das muss man schon ganz klar auseinanderhalten. Es geht darum, das Wiener

Sicherheitsgesetz einmal zu übernehmen beziehungsweise zu prüfen, ob man das in Graz übernehmen kann. Und da muss man jetzt schon eines dazusagen, liebe Kollegin Polz-Watzenig, warum haben die das in Wien gemacht? Die haben das wegen dem Fleischmarkt gemacht und das ist auch ein Problem, das es bei uns in Graz immer wieder gegeben hat, dass Frauen, die Gynäkologen aufsuchen, ständig damit konfrontiert worden sind, dass sie Plastikföten in die Hand bekommen haben und dass es irrsinnig schwierig war, mit diesen Menschen vor diesen Kliniken umzugehen und das war der Anstoß dort. Und dieses Problem gibt es auch in Graz und dieses Problem gibt es auch in anderen Bereichen und wir reden hier nicht nur vom Billa-Eck, wir reden vom Bahnhof, wir reden von der Neuholdaugasse, wir reden vom Metahofpark, wir reden aber auch von der Wielandgasse, wo eine entsprechende Praxis da ist und so ist dieser Antrag zu sehen und der Antragstext sagt nichts anderes. Der Antragstext sagt nichts vom Billa-Eck. Und das möchte ich an dieser Stelle jetzt auch einmal klarstellen, weil ich mag mich nicht als Sozialdemokratin hier als Rassistin bezeichnen lassen, wenn hier einmal abgestimmt wird, ob dieses Gesetz, das in Wien aus der von mir erläuterten Motivation entstanden ist, ob das hier einmal übernommen werden kann (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Also eine Verschärfung, wie das der Herr Bürgermeister gesagt hat, ist es nicht, es ist eine Effektivierung, so würde ich das bezeichnen, es ist eine Verbesserung. Wir geben der Exekutive und der Sicherheitsbehörden jetzt einen rechtlichen verbesserten Rahmen, wo sie einfach auch ihrem Auftrag in verbesserter Art und Weise nachkommen können und da irgendwas hineingeheimnissen, dass da irgendeine Strategie dahintersteckt oder dass da irgendwelche unredlichen Absichten damit verbunden wären, also das ist in Wirklichkeit absurd. Aber es freut mich, wenn Sie das hier erwähnen, dass es ein Verständnis, ich würde eher sagen, ein Bewusstsein für die betroffenen Personen gibt, die hier beim Billa-Eck auch die

Probleme bereiten. Es gibt Bewusstsein von uns, nämlich dafür, dass da Alkoholprobleme im Spiel sind, dass da Drogensucht im Spiel ist, dass da auch natürlich schwere soziale oder familiäre Probleme einhergehen und genau deshalb gibt es auf der einen Seite eben den Ansatz, dass man sagt, ja, wir brauchen eine Soziothek, wir brauchen auch diesen sozialarbeiterischen Ansatz, wo man auf diese Art und Weise versucht zu unterstützen, aber auf der anderen Seite gibt es eben auch Interesse für die öffentliche Sicherheit, da gibt es klare Aufgaben auch von Sicherheitsbehörden und der Exekutive und da gilt es ganz einfach, hier auch die richtigen Instrumente zur Verfügung zu stellen und um nichts anderes geht es. Und tun wir bitte nicht so, wie wenn da alles eitel Wonne ist, na selbstverständlich gibt es dort Drogenhandel im öffentlichen Bereich, na selbstverständlich gibt es dort auch Gewaltdelikte und Raufhandel, na selbstverständlich gibt es dort andere Verwaltungsübertretungen, tun wir doch nicht so, als wenn das da alles am Hauptplatz in Ordnung wäre. Und dieser Realität müssen Sie sich auch stellen und es nutzt Ihnen gar nichts, da herzuzugehen und zu sagen, naja, die FPÖ hat da wieder irgendwelche Strategien vor oder es geht ihnen um irgendetwas anderes, nein, uns geht es um das, auch die Bitten der Exekutive da ernst zu nehmen, die eben ganz einfach ein Instrument in die Hand bekommen wollen, um das besser regeln zu können und nichts anderes ist es. Und wenn Sie dann hergehen und da von Rassismus reden, dann finde ich das in Wirklichkeit auch eine grobe Verharmlosung des Rassismus Begriffes, das muss hier auch einmal gesagt sein (*Applaus FPÖ*) und mit diesen Anschüttungen und dieser Keule und diesen Hass, auch uns gegenüber, also das sieht man eh, wohin das führt. Also mit dem haben Sie bisher keinen Erfolg gehabt. Ich möchte nur hier auch Wien erwähnen, wo wir gesehen haben, wo diese Aufrufe zu Hass und Gewalt, vor allem der grünen Jugend, dann auch hinführen, nämlich zu einer zertrümmerten Innenstadt, zu verletzten Polizisten und echte Gefahr für den öffentlichen Raum, also das ist die Wahrheit (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf auf unserer Galerie auch den Bezirksvorsteher Jonny Haidinger vom Bezirk Gries ganz, ganz herzlich begrüßen. Schön, dass du da bist
(*allgemeiner Applaus*).

6) Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes für die Neugestaltung des Griesplatzes

GR. **Dreisiebner** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Danke, dass Sie mir die Begrüßung des Herrn Bezirksvorstehers abgenommen haben, da habe ich mich schon so gefreut drauf, lieber Herr Bezirksvorsteher. Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuschauerInnen! Seit vielen Jahren wird immer wieder über eine Neugestaltung des Griesplatzes gesprochen. Fast aus allen politischen Parteien gibt es dazu Willensbekundungen und Meinungsäußerungen, auch Plattformen, Interessensvertretungen, seien es KammervertreterInnen usw. sehen in einem neu und umgestalteten sowie aufgewerteten Griesplatz eine große Chance für einen sozialen und wirtschaftlichen Qualitätssprung ins 21. Jahrhundert.

Natürlich ist es so, wenn viele Gruppen Umgestaltungsideen für einen so wichtigen Platz verfolgen, für den wichtigsten Platz des 5. Grazer Stadtbezirkes verfolgen, dass da immer wieder unterschiedliche Schwerpunktsetzungen gesehen werden, verschiedene Forderungen gesehen werden. Allen diesen Forderungen, so

unterschiedlich sie sein mögen, liegt aber zugrunde, dass es sich um eine Vision geht, die einen nicht so sehr verkehrsbelasteten, autoverkehrsbelasteten Griesplatz sieht, sondern einen Platz, der nicht mehr so sehr Automaschine ist, wie es jetzt ist, sondern ein Platz ist, der als Potential für Passantinnen und Passanten, für Flaneure, Flaneurinnen, natürlich für die Wirtschaftstreibenden, für Konsumierende usw. etwas anbieten soll. Ein menschengerechter Platz, in aller Kürze. Ein urbanes Zentrum. Ähnlich wie zum Beispiel bei andere Platzgestaltungen, ich erinnere hier an den Lendplatz vor etwa 15 Jahren, ich erinnere an die Annenstraße, die jetzt vor kurzem fertig geworden ist und wo es positive Entwicklungen bereits gibt. Beim Lendplatz natürlich schon sehr, sehr viel mehr sichtbar, hat auch dieser Griesplatz aus unserer Sicht ein sehr großes Potential. Natürlich reicht es, wie gesagt, jetzt nicht, dass man hier nur ein paar kleine Maßnahmen mit etwas Grünraum, mit etwas neuer Farbe, neuer Pflasterung, neuem Asphalt und natürlich auch etwas Bürgerbeteiligung startet, sondern es bedarf vieler Vorüberlegungen und Vorarbeiten. So wie meine Informationen sind, gibt es seitens der diversen Abteilungen von der Stadtbaudirektion über die Abteilung Stadtplanung usw. große Bereitschaft, hier ihren Teil dieser Agenda zu übernehmen. Es gibt auch die Bereitschaft, ein Stadtteilmanagement, ähnlich wie beim Projekt Annenstraße, Annenviertel auch für das Griesviertel zu starten.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass diese positive Grundeinstellung auch von allen Fraktionen des Bezirksrates in Gries, zuletzt durch einen einstimmigen Beschluss am 2. April, in der Bezirksratssitzung mitgetragen werden würde.

Bevor aber die genannten Abteilungen, die Stadtplanung, die Stadtbaudirektion usw. sich hier in ihrem Zuständigkeits- und Aufgabenbereichen einbringen können, braucht es ein detailliertes Verkehrskonzept im gesamten Bereich des südlichen und östlichen Bezirks Gries sowie natürlich auch über die Mur hinweg greifend für die Stadtmitte. Dieses Verkehrskonzept soll eine Entlastung und somit ein Freispielen des Griesplatzes vom Transit-Autoverkehr, aber auch vom immensen Platzverbrauch durch die derzeitigen Regionalbus-Endhaltestellen im Zentralbereich des Platzes

ermöglichen. Der gesamte Bezirk Gries und immer mehr Menschen und Institutionen in der Stadt Graz warten auf dieses Konzept, damit dann ein großer Wurf für den Griesplatz neu erfolgen kann.

In diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs und unterstützt durch den KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der zuständige Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, die zum Zwecke der - politisch breit gewünschten - Neugestaltung des Griesplatzes notwendigen verkehrsplanerischen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, das heißt, ein entsprechendes Verkehrskonzept zu erarbeiten, das als Grundlage für ein darauf folgendes umfassendes stadtplanerisches Gestaltungskonzept für einen neuen, lebenswerten und menschenfreundlichen Griesplatz dienen kann.
2. Ein erster Vorschlag dieses zu erarbeitende Verkehrskonzept soll dem Gemeinderat sowie den inhaltlich zu befassenden vorberatenden Gemeinderatsausschüssen – das sind der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung sowie der Verkehrsausschuss - bis spätestens Juli 2014 als schriftlicher Informationsbericht unterbreitet werden.

Ich ersuche um Unterstützung beziehungsweise Annahme (*Applaus KPÖ und Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr verehrte Gäste! Was soll man sagen, die Dringlichkeit ist

natürlich immer gegeben bei diesen Themenstellungen, wie das ja auch schon in den letzten Jahren der Fall war. Dass jetzt die Umsetzung noch nicht erfolgt ist, dass hier noch keine genauen neuen Pläne vorliegen, liegt natürlich in der Natur der Sache. Hier kann man natürlich hergehen, wie es der Herr Dreisiebner immer gerne macht, auf verschiedensten Ebenen und überall, wo es halt irgendwo, wo er glaubt, irgendwo eine Friktionslinie zu finden, da hineinzustoßen, letztlich, Herr Gemeinderat, lösen Sie damit nichts und Sie unterstellen, dass hier nichts getan wird. Das Gegenteil ist der Fall (*Applaus FPÖ*). Es gab in der letzten Periode, was den Griesplatz anbelangt, lediglich einen Beschluss beziehungsweise den Beschluss für Planungsgelder oder Planungsgelder bereitzustellen, da ging es um die Straßenbahn. Da ging es rein darum, um die Schienenverlegung und einhergehend mit dieser Schienenverlegung wurde davon gesprochen, dass die Brückenkopfgasse nicht mehr für den MIV zugänglich gemacht werden soll, und, Herr Gemeinderat, dagegen spreche ich mich ganz klar aus und dagegen sprechen sich auch die Menschen im Bereich des Griesplatzes klar aus (*Applaus FPÖ*). Und weil du, Daniela Gmeinbauer, heute, zumindest war es in der Zeitung so, gesagt hast, da gibt es ja schon Gelder, die dafür zur Verfügung gestellt worden sind, quasi die nicht abgeholt worden sind, auch das ist unrichtig. Diese Gelder werden verwendet, es gibt bereits Planungen, es gibt die Koordination zwischen Baudirektion, zwischen Verkehrsplanung und Stadtplanung. Selbstverständlich findet das statt. Aber wenn wir am Griesplatz eine sinnvolle und eine gute Lösung für die Zukunft treffen wollen, da müssen wir die Gesamtkonzeption nicht nur des Griesplatzes ins Auge fassen, sondern auch die Möglichkeit, wie schaffen wir denn die Verkehrsanbindung dieser Regionalbusse und genau dahin geht nämlich unsere Stoßrichtung. Hier zu schauen, schaffen wir es, und der Herr Bürgermeister und ich saßen mit unseren zuständigen Ämtern bereits mehrmals zusammen, schaffen wir es, eine Entlastung zusammenzubringen am Andreas-Hofer-Platz mit einer Neugestaltung, mit einer Nahverkehrsdrehscheibe, dann können wir den Griesplatz entlasten und dann können wir auch drangehen, eine Neugestaltung anzudenken und dann können wir auch drangehen, ein sinnvolles

Verkehrskonzept zustande zu bringen. Bevor das nicht erfolgt ist, wird das nicht möglich sein und hier vorzugaukeln, dass man jetzt einen Schnellschuss schafft und den Griesplatz neu gestaltet, ist illusorisch und unterlassen Sie das, weil das bringt nichts und unterlassen Sie das zu behaupten, dass hier nichts passiert, das ist die Sauerei, die Sie tätigen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Teile der FPÖ) angenommen.

GR. **Eber** zum Antrag: Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe, wie Sie gesehen haben, wieder einen Zusatzantrag hier einzubringen. Zunächst möchte ich aber herzlichen Dank sagen an den Kollegen Karl Dreisiebner für diesen Antrag. Es hat ja auch in der vergangenen Periode bereits einige Initiativen in diese Richtung unterschiedlicher Art von unterschiedlichen Parteien auch gegeben und ich würde das nicht so sehen, dass da irgendjemandem Untätigkeit vorgeworfen wird beziehungsweise, dass man da Illusionen weckt, sondern ich halte es einfach für notwendig, dass man das Thema Griesplatz und seine Umgestaltung angeht. In meinem Zusatzantrag geht es um eine kleine Vorwegnahme von einigen Möglichkeiten. Der Antragstext wird um folgenden Punkt drei ergänzt: Weiters sollen unter Einbeziehung der AnrainerInnen und Geschäftsleute am und rund um den Griesplatz erste Maßnahmen zur Platzgestaltung beziehungsweise Verschönerung des Platzes erarbeitet werden, welche unabhängig vom endgültigen Verkehrskonzept in Angriff genommen werden können. Sie sehen, es geht also in diesem Antrag schlicht und einfach darum, dass man jetzt bereits kleine Maßnahmen ergreift, die den Aufenthalt am Griesplatz, die das Leben, das Wohnen am Griesplatz, die Tätigkeit dort etwas erleichtern, etwas verschönern, wenn man so will. Das soll natürlich keiner, vor allem keine großen Umgestaltungen

werden, sondern man kann oft da und dort mit kleinen Maßnahmen gesteigertes Wohlbefinden erreichen. Ich ersuche um Annahme. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Haberler**: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kollegen! Warum ist dieser Antrag für die ÖVP dringlich und warum werden wir diesem Antrag zustimmen? Aus dem ganz einfachen Grund, weil wir in der Kronen Zeitung lesen haben müssen, dass das für den Herrn Stadtrat Eustacchio nicht prioritär behandelt wird, der Straßenbahnausbau über den...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Hat keiner gesagt.

GR. **Haberler**: Es ist aber nur gestanden, hat nur keiner gesagt, dann haben sie halt irgendwas gedruckt, aber nur uns von der ÖVP ist der Straßenbahnausbau sehr wichtig, weil sonst werden wir irgendwann im Verkehr kollabieren und deswegen stimmen wir dieser Dringlichkeit zu. Diesen Zusatzantrag, der ist sehr gut gemeint, aber der passt jetzt noch nicht da her, weil wir müssen zuerst einmal wissen, wo die Straßenbahn fährt, damit die Leute einmal einen Richtwert haben, wie das ausschauen wird, weil sonst reden wir... wir müssen über das dann reden, wenn es soweit ist und die Frau Mag. Reischel, Gewehr bei Fuß, wenn es dann soweit ist, dann wird das mit dem Bürgerbeteiligungsprozess wird das behandelt werden. Aber zuerst müssen wir einmal wissen, über was man redet und deswegen tun wir nicht voreilig da schießen und alles der Reihe nach. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte in dem Punkt vielleicht auch ergänzen, dass unsere Mitarbeiterin, die Frau Simone Reiss, die ja auch Verantwortung getragen hat im Bereich des Annenviertels, und das haben wir ja schon auch im Dezember, glaube ich, hier im Gemeinderat gesagt und ich möchte es heute wiederholen, schon begonnen hat, jetzt einmal alle Stakeholder, die wir dann dort brauchen werden, einmal zu lokalisieren und zusammenzubringen. Eines ist allerdings schon wichtig, wir werden die Lösung des Regionalbusses brauchen, aber da wird mittlerweile zwischen Stadt und dem Land Steiermark auch in Zusammenarbeit mit dem Herrn Landesrat Kurzmann, wir waren dort, der Versuch unternommen, diese Regionalbusströme in Graz neu zu ordnen. Seit dieser Besprechung gibt es auch Überlegungen, inwieweit der Andreas-Hofer-Platz doch als Busstandort erhalten bleibt, aber das werden wir dann auch mit den neuen Eigentümern, im Moment ist da ja alles, wenn ich so sagen darf, in Schwebelage aufgrund der Konkursverfahren der Alpine, werden wir dann mit den neuen Eigentümern vor Ort wieder zu besprechen haben. Die andere Geschichte ist aber, wenn wir uns mit den Bürgerinnen und Bürgern dann treffen, das hat ja schon vor eineinhalb Jahren einmal eine, sehr weit entfernt, aber eine erste Sitzung gegeben, ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, dass die Stadt Graz zum Ausdruck bringt, was wir tatsächlich für eine Verkehrsführung dort wollen, weil die Wünsche werden wieder sehr, sehr vielfältig sein. Und ich kann mich gut erinnern, als ich damals gemeinsam mit dem Kollegen Ferk ans Werk gegangen bin, dass wir den Lendplatz verschönern, neu bauen, und ich möchte heute nur sagen, wer am Wochenende auf den Lendplatz geht, wenn man sieht, wie sich das entwickelt hat, dann ist das genau das positive Beispiel, das ich mir auch für unseren Griesplatz wünsche. Ich verstehe die Unruhe aller, in erster Linie auch des Bezirksrates, des Bezirksvorstehers und der Menschen vor Ort, dass sie sagen, lasst uns bitte nicht über, wir wollen endlich haben, dass am Griesplatz was weitergeht. Das heißt, wir sollten mit Nachdruck daran arbeiten, darf ich alle ersuchen, die da auf Regierungs- und auf Verwaltungsebene mit dabei sind, dass man endlich einmal sagen, da wird die Straßenbahn fahren, wenn wir das geklärt haben, dann wissen wir auch, wieviel

Platz zur Verfügung steht. Die Regionalbusgeschichte ist es auch, das muss auch noch einmal gemacht werden. Ich kenne so viele Wünsche jetzt schon von den Bürgern, von der Naschmarktidee bis über die Spielplatz- und Familientauglichkeit, die dort gewünscht wird und, und, und. Wenn wir das alles auf dem Tisch haben und den Menschen dort vor Ort sagen, wir wissen noch nicht einmal, wo die Straßenbahnlinie fahren soll, dann haben wir schon ein Problem und deswegen geht meine Fraktion auch jetzt da mit und sagt, wir wollen ganz, ganz dringend haben, dass wir diese Straßenbahnlösung finden und wenn der zuständige Verkehrsreferent heute klipp und klar gesagt hat, dass er mit dem ausschließlichen öffentlichen Verkehr in einer Straße ein Problem hat, dann erwarte ich mir, dass man ganz schnell eine Lösung auch finden, vielleicht durch Einbahnen, Umdrehen von Straßen oder sonst wo, es muss jetzt eine Lösung her, weil sonst diskutieren wir das Ganze wahrscheinlich noch in zwei oder drei Jahren auch und das brauchen wir weder für den Bezirk Gries noch für die Erschließung im Südwesten, weil das ist, wenn ich so sagen darf, für die Entwicklung Reininghaus und Co auch eine Überlebensfrage. Weil wenn dort wirklich zugleich dann große Baumassen bewegt werden, wenn dann doch auch in absehbarer Zeit sehr viele Menschen dort leben und arbeiten werden, dann werden wir diese Verkehrsanbindung dringend brauchen, nicht nur für Reininghaus, sondern für den ganzen Südwesten, denn dort haben wir, wie alle wissen, leider nur Busanbindungen und keine Straßenbahn. Also es ist dringlich, es sollte so prioritär behandelt werden, dass man bald einmal wissen, wo wird die Straßenbahn fahren, ich glaube, sie wird trotzdem dort fahren, auch wenn wir noch eine andere Lösung für den Individualverkehr noch suchen und wenn wir das einmal endlich am Tisch hätten, dann könnten wir auch mit den Planungsarbeiten, mit den Menschen vor Ort beginnen und über die Ausgestaltung und eventuelle neue wirtschaftliche und Freizeitaktivitäten dort wirklich ins Gespräch kommen. Also das ist, wenn ich so sagen darf, da sind wir säumig und das sollten wir heute einmal alle einsehen und schauen, dass wir weiterkommen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Besucher, lieber Bezirksvorsteher! So, jetzt darf ich für den freiheitlichen Gemeinderatsklub noch einmal bekräftigen, also wir bekennen uns auch zur Neugestaltung vom Griesplatz und wir wollen natürlich, dass die Straßenbahn da fährt (*Applaus FPÖ*). Und, Kollege Haberler, eben ist nicht alles 1 : 1 in der Zeitung und das wissen wir auch, dass die Journalisten das dann oft nicht so schreiben, wie es gemeint ist. Also noch einmal, der Antrag vom Kollegen Dreisiebner, wie gesagt, es geschieht schon, er ist eigentlich nutzlos und Priorität hat dieses Konzept. Es passiert ja. Wir sind für die Entflechtung der Straßenbahnlinien, die Entflechtung passiert, die Planungen laufen, das Einzige, der Bürgermeister hat es auch schon angekündigt, es muss sich unterhalten werden über die Finanzierung, die ist ungeklärt, aber es liegt eben, wie gesagt, nicht am Verkehrsstadtrat, dass er da was blockiert oder verhindert, wir bekennen uns zur Entflechtung. Deshalb ja zur Neugestaltung (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ganze Thema öffentlicher Verkehr wird ja ohne Hilfe der übergeordneten Gebietskörperschaften gar nicht funktionieren dauerhaft. Deshalb freue ich mich über die Anwesenheit eines bezirkserfahrenen Nationalratsabgeordneten, nämlich den Herrn Michael Ehmann, der uns heute beiwohnt und zuhört, was denn für Wünsche von uns nach Wien gelangen. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Dreisiebner**: Danke für die große Unterstützung. Für die ermunternden und auch kritischen Worte. Ich beginne mit der Einigkeit. Danke, Herr Stadtrat, dass Sie die Einigkeit sehen, dass man dort eine Neuorganisation der Regionalbusse, der

Verkehrsflüsse machen muss. Ich möchte das auch an den Kollegen Lohr weitergeben, dass man da einen gewissen Konsens findet und dass man dort auch für die Straßenbahn natürlich Neuorganisationen brauchen. Eines nur, Herr Stadtrat Eustacchio, die Unterlassungsaufforderung, die Sie an mich gerichtet haben, die ist für mich etwas sonderbar angekommen, wenn es laut Geschäftsordnung, laut Statut ein Problem geben sollte mit dem, was ich tue, dann sollten Sie nach diesen Kriterien dazu Stellung beziehen, sollte es um die politischen Arbeitsinhalte gehen, vielleicht reden wir das einmal nebenbei, aber ich glaube nicht, dass man hier dem anderen ausrichten sollte, er möge was unterlassen (*Applaus Grüne*). Sehr geehrter Herr Bürgermeister, vielen Dank für Ihre klaren Worte, die ich auch als sehr unterstützend erlebt habe, vielen Dank, Kollege Haberler. Ich freue mich, wenn wir sehr bald beginnen können auf Basis von Grundlagen eines Verkehrskonzeptes und dort weiterarbeitend, natürlich geht das nicht alles von heute auf morgen, dann Simone Reiss mit ihrem Team in einen Dialog, in ein Stadtteilbetreuungs- und Stadtteilmanagementprojekt einsteigen kann, darauf freue ich mich. Und jetzt komme ich zum Zusatzantrag vom Kollegen Eber. Es ist vom Kollegen Haberler sehr gut formuliert worden meines Erachtens. Ich kann jetzt zwar die eine oder andere Bank hinstellen, aber ich kann keinen Baum pflanzen, ich kann keinen Springbrunnen oder Ähnliches hingeben, bevor ich nicht weiß, wie das alles zusammengehen soll. Von dem her ein guter Ansatz, aber irgendwie kommt er zeitlich nicht zurecht, deswegen tut mir Leid, da können wir nicht mit. Ich danke auf jeden Fall für die breite Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.

7) Fortführung der aktuellen verträglichen Konstruktion der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz und unverzügliche Neu-Ausschreibung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich möchte auch herzlich ZuhörerInnen begrüßen, die heute als Vertreterinnen des Frauenrates und der Gleichbehandlungsbeauftragten zu diesem Thema aufgrund des dringlichen Interesses auch gekommen sind. Es geht um die Frage der unabhängigen Frauenbeauftragten, es sollten eigentlich alle über die Medien, über bisherige Beschäftigung im Gemeinderat gemerkt haben, was das Thema ist. Wie hoffentlich alle wissen, ist im Jahr 2009 das erste Mal endlich für fünf Jahre ein Vertrag für die Funktion der unabhängigen Frauenbeauftragten eingerichtet worden. Damals hat es sehr, sehr starke Unterstützung von etlichen Seiten gegeben, dass das dauerhaft immer wieder für fünf Jahre ausgeschrieben werden soll und dass diese Funktion für die Vertretung von Frauen in der Stadt Graz immens wichtig ist. Und zwar als unabhängige Frauenbeauftragte und nicht innerhalb einer Magistratsstruktur mit Weisungsgebundenheit usw. Dass diese Unabhängigkeit was Wichtiges ist, das haben wir eh in den letzten Jahren immer wieder gesehen. Ein Beispiel, wenn eine Fraueneinrichtung wie das Frauendokumentationszentrum geschlossen wird, dann hat, wenn man immer sagt, wir haben doch jetzt eh ein Frauenreferat, dann haben die Personen in einem Referat das auf Weisung hin einfach durchzuführen. Eine unabhängige Frauenbeauftragte hat das Recht und hat auch die Unterstützung vom Frauenrat, vehement dagegen zu protestieren. Oder, wenn es darum geht, höhere Budgets einzufordern, eine, deren Chefin mitverhandelt hat, wird sich schwertun, das zu tun, eine unabhängige Frauenbeauftragte hat genau diese Funktion auch. Oder, wenn es darum geht, über Sexismus in der Werbung auch die stadteigenen Tochtergesellschaften anzusprechen, wie wir das auch gemeinsam mit Sissi Potzinger damals bei sexistischer Werbung, die dem Ankünder untergerutscht ist, die waren tatsächlich bemüht, das nicht zu tun, aber es ist nun

einmal passiert, gewesen ist oder auch bei der Frage von Werbung vor Bordellen, da haben wir gemeinsam vehement agieren können, wenn das innerhalb einer städtischen Struktur ist, wo es auch darum geht, dass man berücksichtigen muss etwaigen Verdienstentfall usw. vom Ankünder, ist das eine ganz andere Position. Ich könnte noch hunderte von Beispielen sagen, weshalb die Unabhängigkeit wichtig ist und ich weiß auch, dass das immer auch aus den Reihen der SPÖ, die jetzt ja für das Ressort zuständig ist, so unterstützt wurde und so gesehen wurde und ich bitte dringend, das auch beizubehalten. Warum ich jetzt diesen Antrag gestellt habe, die Stelle, das war schon lange klar, ist im Februar dieses Jahres ausgelaufen, also die Funktionsperiode der amtierenden Frauenbeauftragten ist ausgelaufen. Man hätte schon längst im letzten Herbst die Ausschreibung vorbereiten müssen. Diejenigen, die sich engagiert haben, wissen, ist das leider erst spät passiert, sehr spät erst auf Druck vom Frauenrat, auf Druck von einigen von uns hier im Gemeinderat, sodass dann endlich doch im Jänner ausgeschrieben wurde. Das Ergebnis war leider nicht so, wie sich alle erwünscht haben. Ich interpretiere das mittlerweile so, dass durch die gesamte Verunsicherung, vorher Evaluierung hier, Evaluierung da, soll es kommen, brauchen wir das überhaupt noch, wir haben doch eh ein Frauenreferat und, und, und dass dadurch einerseits Frauen, die in der Frauenszene sehr aktiv waren, gewusst haben, das ist ein Wackelposten, das ist ein Unsicherheitsfaktor, ein Risiko, wenn man seinen guten Job dafür aufgibt, um das zu probieren, um sich dafür zu bewerben und auf der anderen Seite ist die Frage, ob wirklich vom Jänner bis Februar die Ausschreibung lang genug gewesen ist, ob es genug bekanntgemacht wurde usw. Wie auch immer, es wurde damals versprochen, dass ausgeschrieben wurde. Nachdem die erste Ausschreibung, ich sage es jetzt einmal salopp, versemelt worden ist, erfahren wir plötzlich dann aus der Zeitung, dass es keine neuerliche Ausschreibung mehr geben soll. Dass dann, jetzt erst, die Ausschreibung kommen soll, nachdem die Evaluierung abgeschlossen ist, diejenigen, die im entsprechenden Ausschuss waren, wissen, uns wurde zugesagt, dass wir im Sommer zirka einen Zwischenbericht von den Evaluierungen kriegen. Das heißt, dann wird wohl im Herbst vielleicht ein Bericht

fertig sein, abgesehen jetzt von der ganzen Frage, wie man eine unabhängige politische Funktion, nach welchen Kriterien man die evaluieren soll. Aber allein von dem Fristverlauf her, der sollte vielleicht auch die Frauenstadträtin interessieren und auch den Herrn Bürgermeister, der in seiner Funktion für Beiräte durchaus auch betroffen ist, die Frage, dass man jetzt so eine lange Vakanz hat und erst im Herbst irgendwann mit der Ausschreibung beginnt, dann vielleicht sie auch wieder erst im November oder sonstwie fertig hat, dann braucht man eine Frist für Frauen, die sich bewerben wollen und bald sind wir dann schon wieder... haben wir ein Jahr wieder herum, wo dann die Stelle vakant ist. Das ist einfach nicht zumutbar. Wir haben bis jetzt schon gesehen, dass es schon beginnt mit hämischen Kommentaren in der Kleinen Zeitung vom Herrn Weniger, ach jö, jemandem ist aufgefallen, dass es die Stelle nicht mehr gibt, das ist zynisch bis zum geht nicht mehr, aber das wird genau durch solche Sachen auch... Die Freiheitlichen brauchen jetzt da nicht hineinmatschgern, weil so oft, wie sie über die Stelle schimpfen, merkt man, dass es sie gibt, also da brauchen Sie gar nicht jetzt irgendwie so zu tun, als wäre das nicht sichtbar. Ich verweise nur kurz auf die Leistungsbilanz, die die Frauenbeauftragte aufzuweisen hat. Es ist eine ganze Seite von dem, was gemacht wurde. Beratungsgremium für Kollegen Stadtrat Rüschi und uns damals in der Viererrunde für den Haus Graz Prozess, dass es für Frauenförderung keine Nachteile gibt. Beratungstätigkeit für Meiden und Werbebeirat und Sexismus-Bekämpfung österreichweit, Beratungsgremium innerhalb von Fachausschüssen, zum Beispiel das Pilotprojekt in der Immobiliengesellschaft GBG zur Frauenförderung bei Ausschreibungen. Bisher ist bei Ausschreibungen auch aus dem Sozialressort zum Beispiel nie, obwohl das mittlerweile längst erwiesen ist, dass es möglich ist, irgendwas in die Richtung Frauenförderung gemacht worden, nur als Seitenbemerkung. Ombudsstelle für Grazer Frauen und Mädchen, parteipolitisch unabhängige Schnittstelle zwischen Bürgerinnen, zwischen Frauen, NGOs und Verwaltung und Politik und, und, und. Also eine wirklich ganz lange Reihe und wenn man jetzt die Ausschreibung nach wie vor so hinauszögert, dass vielleicht wirklich ein

Jahr dann vakant ist, dann ist das grob fahrlässig für so eine wichtige Errungenschaft, die österreichweit einzigartig ist und ich verweise da auch auf den Brief, der an alle ergangen ist von allen ehemaligen Frauenbeauftragten mit Ausnahme derjenigen, die jetzt die Büroleiterin der Frauenstadträtin ist und der Gleichbehandlungsbeauftragten und etlichen Frauen aus dem Grazer Frauenrat. Appelliere also dringend an ehebaldigste Ausschreibung und Sicherstellung, dass es dann wirklich auch wieder für fünf Jahre durchgeführt wird und finanziert wird. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** zur Dringlichkeit: Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Kollegin Grabe! Es geht ja um den Posten der unabhängigen Frauenbeauftragten und wenn ich da die erste Seite des Antrages lese, dass der Frauenrat, der aus 56 verschiedenen Fraueneinrichtungen und Initiativen besteht, die Rolle der Trägerschaft für die Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz innehat, dann ist es für mich keineswegs unabhängig (*Applaus FPÖ*). Wenn die zuständige Stadträtin Martina Schröck in ihrem eigenen Ressort, in welches ja die Frauenangelegenheiten fallen, meint, die Stelle ist zu evaluieren, weil sie vielleicht Einsparungspotential oder Doppelgleisigkeiten sieht, dann begrüßen wir das sehr und sind überzeugt, dass die Frauenangelegenheiten hier in guten Händen sind. Für uns Freiheitliche ist die Gleichstellung ein ganz wichtiges zukunftssträchtiges Thema, aber die Frauenbeauftragte oder allgemein Frauenbeauftragte müssen sich in unseren Augen um alltagsrelevante Themen kümmern. Nicht Schaufenster evaluieren, sich ständig aufs Binnen-I und auf Gender-Gap versteifen, sondern für Lebensunterhalt essentielle Themen vorantreiben, Lobbying dafür machen, Bewusstseinsbildung schaffen in diesen Bereichen (*Applaus FPÖ*). Frauen verdienen heute nach wie vor für gleiche Leistung, gleiche Arbeit weniger als Männer, Kinderbetreuungszeiten und Pflegezeiten für Angehörige werden nach wie vor nicht adäquat oder gar nicht zur Pension der Frauen angerechnet, das sind wichtige Themen, nicht dass ich Frau

Magistra oder Frau Magister bin (*Applaus FPÖ und ÖVP*). Deshalb sehen wir der Evaluierung der Stelle für die Frauenbeauftragte sehr positiv entgegen und stimmen dem Antrag der Dringlichkeit und dem Inhalt der Grünen nicht zu (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, liebe Daniela Grabe! Ich möchte jetzt einmal auf deinen Motivenbericht ein bisschen näher eingehen, ich habe mir den sehr genau angeschaut und habe doch einige Fehler beziehungsweise, ja ich möchte einfach ein paar Richtigstellungen machen. Du beginnst bei der Ausgangslage und schreibst davon, dass am 16.1.2009 ein Grundsatzbeschluss gefasst wurde und stellst es auch so dar, als wäre das der einzige. Ich darf dir dieses Dokument zeigen, das mit 12.12.2013 datiert ist, das ist ein Bericht an den Stadtsenat mit folgendem Antragstext: Es wird der Antrag an den Stadtsenat gestellt, der Stadtsenat wolle beschließen: Der Weiterführung der Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz wird zugestimmt. 12.12.2013. Soweit ich mich erinnern kann, der Frauenrat, die gesamte Frauenszene hat gewusst, das ausgeschrieben wird, soviel dazu. Also ich habe auch nicht die finanziellen Möglichkeiten, größere Inserate zu schalten, eine ganze Seite zu schalten oder in mehreren Medien zu schalten, da gibt es Vorschriften von Seiten der Stadt Graz, die sind ganz klar eingehalten worden. Dann schreibst du in deinem Motivenbericht von einem Evaluierungsgremium des Landes Steiermark. Dieses Gremium gibt es nicht, es gibt einen Auftrag von mir in Kooperation mit dem Land Steiermark, also wir teilen uns da sozusagen die Kosten und es ist kein Evaluierungsgremium, sondern es ist ein Auftrag ergangen, diese Evaluierung durchzuführen, an die Donau-Uni Krems. Dann steht weiters drinnen, dass eh erst vor fünf Jahren evaluiert worden ist. Das ist nicht richtig, es ist vor fünf Jahren eine neue Vertragsstruktur gefunden worden, aber es hat überhaupt keine inhaltliche Evaluierung gegeben vor fünf Jahren, das möchte ich an dieser Stelle auch

richtigstellen. Dann führst du die einzelnen Punkte auf, die bearbeitet wurden und schreibst, dass die Arbeit hervorragend war, das möchte ich hier unterstreichen. Maggi Jansenberger, die Frauenbeauftragte, die bis Ende Februar tätig war, hat hervorragend gearbeitet. Die Punkte, die du anführst, sind die Punkte, die im Vertrag festgehalten sind. An die Durchführung dieser Punkte ist die Frauenbeauftragte sowieso gebunden, das ist ja Auftrag, wobei es schon ein bisschen witzig ist, dass da extra die Ausschreibung beim GBG-Pilotprojekt angeführt wird, meines Erachtens hat es da Gespräche von Seiten des Frauenrates gegeben, abgewickelt wurde das ganze Projekt vom Referat für Frauen und Gleichstellung. Dann sprichst du von der Funktion der Gendermainstreaming-Beauftragten. Ich kenne diese Funktion nicht, ich weiß nicht, wen du meinst, es gibt einen Gendermainstreaming-Beauftragten, der heute nicht mehr da ist, das ist der Magistratsdirektor, richtig ist, dass die Referatsleiterin für Frauen und Gleichstellung Referatsleiterin für Frauen und Gleichstellung ist, aber ich weiß nicht, wer die Gendermainstreaming-Beauftragte ist. Historisch möchte ich einmal einiges sagen, die unabhängige Frauenbeauftragte ist im Jahr 1986 vom Bürgermeister Stingl installiert worden. Wie waren damals die Rahmenbedingungen? Es hat damals keine zuständige Stadträtin gegeben und es hat damals auch keine Verwaltungseinheit, die dafür zuständig war, gegeben, es hat kein Frauenreferat gegeben. 1993 hat es dann mit Helga Konrad die erste Frauenstadträtin gegeben und im gleichen Jahr wurde auch das Frauenreferat der Stadt Graz installiert. Dass ich jetzt nach so vielen Jahren einmal inhaltlich hinschauen will und einmal schauen will, wer macht was, wer ist wofür zuständig, wo gibt es womöglich Doppelgleisigkeiten, das halte ich nach so vielen Jahren für mehr als legitim. Diese Evaluierung wird wahrscheinlich im Juli fertig sein, sollte sie vorher fertig sein, bin ich dankbar, ich möchte jetzt aber keinen Druck machen, sondern eine Evaluierung braucht natürlich, weil ich will auch eine Evaluierung, ein Ergebnis haben, das dann auch verlässlich ist und das mir auch eine gute Entscheidungsgrundlage gibt. Und ich habe es immer wieder gesagt und ich sage es auch heute gerne noch einmal, es gibt auch diesen aufrechten Beschluss des Stadtsenates, ich habe die Funktion der

Frauenbeauftragten überhaupt noch nie in Frage gestellt und je mehr mir das suggeriert wird und je mehr Anträge da kommen, desto mehr wird der mediale Wirbel, und wenn du sagst, der Herr Weniger ist zynisch, ihr macht den Wirbel, ich mache überhaupt keinen Wirbel, ich habe immer gesagt, ich möchte evaluieren, möchte diese neuen Aufgaben, die sich ändern können, ja es kann sich was ändern, die Welt ist nicht mehr so wie 1986, es hat sich vieles verändert, es hat 1986 zum Beispiel auch noch keine Einrichtung gebraucht wie die von der Caritas, die sich um das Thema Zwangsheirat kümmert, weil es das Thema 1986 nicht gegeben hat. Und es ist wohl legitim, im Jahre 2014 einmal draufzuschauen, wie die Aufgaben verteilt sind, weil eines habe ich mit dem Vorstand des Frauenrates auch ganz klar besprochen. Das, was ganz oben steht in der Stellenbeschreibung, nämlich die Informationsdrehzscheibe für Frauen und Mädchen, das ist es nicht mehr, das ist nicht mehr die Kernaufgabe der unabhängigen Frauenbeauftragten, diese Aufgabe übernimmt ganz eindeutig das Referat für Frauen und Gleichstellung. Weil wenn man den Bericht von der Maggi Jansenberger anschaut, dann waren in den letzten fünf Jahren 386 Kontakte, also das ist offensichtlich nicht die Hauptstoßrichtung und da werde ich wohl einmal hinschauen dürfen und sagen dürfen, welche Bereiche haben wir jetzt vielleicht noch nicht so vor Augen, die notwendig sind, dass sie bearbeitet werden und kommen womöglich zum Aufgabengebiet der unabhängigen Frauenbeauftragten und es geht um nichts mehr und um nichts weniger. Und darum bitte ich, dass wir jetzt diese Evaluierung abwarten, wie gesagt, es hat eine Ausschreibung gegeben, es hat eine unabhängige Jury, wo man wirklich nicht nachsagen kann, dass ich das irgendwie gesteuert hätte, da waren vier Personen vom Frauenrat vertreten plus die Frau Dr.ⁱⁿ Pschaid für das Frauenreferat und die sind alle einstimmig zu dem Beschluss gekommen, von den über 40 Bewerbungen ist niemand geeignet und wenn ich gleich danach wieder ausschreibe, warum sollte ich jetzt auf einmal die totale Offenbarung haben. Natürlich warte ich jetzt die Evaluierung ab, die ist in absehbarer Zeit fertiggestellt, ich habe auch angeboten, gleich danach auszuschreiben, dann hat es geheißen, nein, wir schreiben bitte im Herbst aus, weil in

der Sommerpause das passt auch nicht. Ich versuche eh in allen Varianten immer, mit dem Frauenrat bestmöglich zu kooperieren, aber diese Panikmache, dass ich diese Funktion in Frage stelle, das ist ungeheuerlich und das sorgt für Unsicherheit und ich kann das jetzt nur noch einmal betonen, es gibt diesen Stadtsenatsbeschluss, aber bitte hören wir mit dieser Panikmache auf, lassen wir die Evaluierung, das Team der Evaluierung jetzt einmal die Arbeit machen, damit ich meine Entscheidungsgrundlage habe, damit dann klar ist, was ist das Aufgabenprofil der unabhängigen Frauenbeauftragten, das sich ganz sicher seit dem Jahre 1986 verändert hat und gehen wir bitte diesen professionellen Weg. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Es geht nicht darum, jetzt in diesem Text nachzuweisen, da ist etwas, was vielleicht missverständlich, da ist etwas, was du falsch formuliert hast, da ist dies, da ist das, darum geht es nicht...

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck: Mir schon.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Lass mich bitte ausreden, es geht darum, ein klares Bekenntnis zu hören, dass eine unabhängige Stelle gewünscht ist. Das ist das, worum es geht und jetzt...

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck: Stadtsenatsbeschluss.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ja, ich habe Ohren, ich kann es verstehen, ich habe es vorher auch schon gesehen, dieser Beschluss im Stadtsenat, hast du richtig gesagt, ist vom Dezember 2013. Im November 2013 war die große Unruhe, weil nicht klar war, wie wird die Stelle fortgeführt, damals hat es geheißen, nein, die soll einfach etwas verlängert werden, ohne dass mit der Maggy damals überhaupt gesprochen wurde und, und, und, da hat die Verunsicherung angefangen. Hätte sich der Frauenrat nicht im November so vehement dann dafür eingesetzt, dass ausgeschrieben wird, ich bin keine Prophetin, ich weiß es nicht, ich kann nur sagen, vorher war die Unruhe, dass nicht klar war, wird ausgeschrieben oder nicht und da hätte auch ein ganz klares Wort ausgereicht, sie wird ausgeschrieben, es ist mir wichtig, es ist mir ein Anliegen usw. Der zweite Punkt, weil du sagst...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Es wurde ausgeschrieben.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Moment, ich rede mit der Martina gerade. Könnt ihr vielleicht... Ein Privatgespräch führe ich in der Regel nicht von einem Mikrofon vor Publikum oben und unten...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Vor Publikum sollte man bei der Wahrheit bleiben.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Also ich spreche weiterhin mit Frau Martina Schröck, weil sie mir bestimmte Dinge auf meinen Antrag hin geantwortet hat und kann mich dann gerne noch euren Rückfragen zuwenden, aber das Format hier ist, Rednerin am Rednerinnenpult spricht und wenn vorher Anfragen von der zuständigen Stadtsenatsreferentin sind, darf man darauf antworten. So, bevor ihr mir die Zeit stiehlt, Martina, es geht darum, einfach wirklich ein klares Bekenntnis, ich weiß, jetzt kommst du wieder mit dem Dezember-Beschluss, aber es verunsichert, es verunsichert einfach, wenn nicht kommt, die Ausschreibung ist leider schiefgelaufen und wenn du es jetzt so darstellst, der Frauenrat wollte, dass im Februar ausgeschrieben wird, ja, er wollte bis Februar, aber er wollte schon viel, viel früher, dass das ausgeschrieben wird und nicht erst im Jänner. Im November wollte der Frauenrat schon und auch der Vorstand vom Frauenrat, dass ausgeschrieben wird und dann wäre bis Februar genug Zeit gewesen (*Applaus Grüne*), aber lassen wir das jetzt. Es wäre da genug Zeit gewesen und worum es wirklich geht, Martina, willst du nach wie vor das unterstützen und gehst dann auch an die Medien und korrigierst solche Aussagen wie vom Weniger, wenn der zynisch darstellt, ob man so eine Funktion überhaupt braucht. Tust du das oder nicht? Das ist das, was der Frauenrat sich wünschen würde, was die Vertreterinnen, die oben auf der Galerie sind, sich wünschen und weil du gesagt hast, ich hätte 127.000 Fehler gemacht in dem Antrag, in meinem Antrag, weil du gesagt hast, du hast ein Recht auf Evaluierung usw. In meinem Antrag geht es nicht um die Evaluierung, es geht darum, keine so lange Frist bis zur Neuausschreibung, zur erneuten Neuausschreibung verstreichen zu lassen, das ist der Punkt, damit nicht ein Jahr lang Vakanz ist und dann alle sagen, siehst, man hat ein Jahr ja auch ohne das durchaus leben können und dazu hätte ich gerne einfach ein klares Bekenntnis hier gegenüber dem Frauenrat, kannst gerne auch dort hinkommen, bist eh immer eingeladen, um das noch einmal zu bekräftigen. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Schaffung von Grillplätzen im Grazer Stadtgebiet

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Zu meinem dringlichen Antrag, bei dem es geht um die Schaffung von Grillplätzen im Grazer Stadtgebiet. Wie uns wahrscheinlich allen bekannt ist, gibt es im Grazer Stadtgebiet einen öffentlichen Grillplatz, wo mehrere fixe Grillplätze vorhanden sind. Es kommt jetzt der Sommer, es gäbe die Möglichkeit, so wie ich denke, ein Pilotprojekt zu machen. Wenn man sich andere Städte anschaut, wie zum Beispiel München in Deutschland, sind eigentlich am Fußweg drei Kilometer von der inneren Stadt bereits Grillplätze zur Verfügung und nicht Grillplätze, sondern das sind eigentlich ganze Grillzonen, wo gegrillt werden kann, wo gewisse Regeln natürlich vorhanden sind, an die man sich halten muss, dass man dort grillen darf, aber die Menschen halten sich an die Regeln und können dann eben sehr gut gemeinschaftlich miteinander umgehen und eben auch im Freien und in der Natur grillen. Deswegen eben der Vorschlag von mir, dass wir sozusagen ein Pilotprojekt starten, wo auch ein Grill-Guide erstellt wird, um einfach den Grazerinnen und Grazern auch im innerstädtischen Gebiet noch mehr Erholungsmöglichkeiten zu bieten. Deswegen eben der dringliche Antrag. Einerseits geht's darum, Erfahrungen von den Auwiesen, die bereits gemacht worden sind, weil die Auwiese gibt es ja bereits seit gut einem

Dreivierteljahr, halbes, dreiviertel Jahr, die könnte man da hier nehmen und einfließen lassen in das Gesamtkonzept, zu prüfen, welche Flächen in Graz möglich sind. Weil ich bin überzeugt, dass es auch im öffentlichen Raum, in den öffentlichen Freiflächen Plätze geben würde, wo so etwas möglich wäre. Dann natürlich auch einen Grill-Guide zu erstellen, weil es muss klar sein, wie wird gegrillt, was darf man nicht, sprich: Wiese verbrennen, dass man dementsprechendes Grillgerät auch hat und last but not least wäre der Wunsch, dann in dem Ausschuss ein Gemeinderatsstück vorzubereiten und das heute auch vielleicht mit hoher Mehrheit, überragender Mehrheit zu beschließen, um den Grillwütigen im Sommer die Möglichkeit zugeben, ein bisschen hinauszukommen. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Dieses Thema Grillen in Graz jährt sich zum fünften Mal. Die erste Initiative, die mein Kollege Ex-Gemeinderat oder Gemeinderat außer Dienst Stefan Schneider gemacht hat, datiert vom Frühjahr 2009, er hat damals auch einen dringlichen Antrag gestellt, der erfreulicherweise damals angenommen wurde und zwar ging es da genau um die Dinge, die du, Philip, forderst. Ich darf das kurz zitieren: Ein Konzept zur Schaffung von ausreichend gut erreichbaren öffentlichen Grillplätzen, geeignete Standorte in der Stadt Graz vorschlagen, ein Nutzungskonzept und Nutzungsregeln für diese Grillzonen auszuarbeiten und eine entsprechende Novelle der Grazer Grünanlagenverordnung auszuarbeiten. Ich glaube, das wäre nämlich auch noch notwendig dazu. Die Story ging dann so weiter, es gab dann am 20. Oktober 2011 eine Anfrage zu dem Thema Errichtung von Grillplätzen, weil bei dem Thema, obwohl der dringliche Antrag beschlossen wurde vom Grazer Gemeinderat, nichts weitergegangen ist und nachdem es darauf auch keine Antwort gab, hat der Herr Gemeinderat außer Dienst Stefan Schneider am 15. März 2012, also mittlerweile vor bisschen mehr als zwei

Jahren, noch einmal eine Frage an den Herrn Bürgermeister gestellt, Sie erinnern sich vielleicht, die Frage hat gelautet: Welche Schritte wurden bisher zur Einrichtung von Grillplätzen unternommen?

Wir haben auch viele Aktionen gemacht, wir haben tatsächlich in Graz gegrillt und zwar haben wir das als Demo angemeldet und haben dann in der Herrengasse gegrillt und am Hauptplatz gegrillt und im Augarten gegrillt und bisschen ein aufwendiges Verfahren, um zu grillen, aber so haben wir es immerhin geschafft. Wir unterstützen den dringlichen Antrag natürlich, wir glauben, dass es dringend notwendig ist, dass es Möglichkeiten gibt, unter Einhaltung bestimmter Regeln in Graz zu grillen und wir hoffen, dass die Zustimmung erneuert wird und dass wir das Thema angehen (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, in Ihrer Aufzählung fehlt leider ein ganz wichtiges Ereignis, bei dem dann Sie und die grüne Fraktion leider nicht anwesend waren, das war das Einweihen des ersten Grillplatzes unten bei den Muraueu, dank eines Kraftwerkes, das südlich von Graz errichtet wurde (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bürgermeister hat das Wesentliche schon gesagt, wir haben schon die Möglichkeit in den Muraueu und es wird hoffentlich noch zusätzliche Möglichkeiten geben. Wenn zum Beispiel das Murkraftwerk gebaut wird und da ein wunderschönes neues Familienerholungsgebiet entsteht, wo gegrillt wird, das heißt, es ist nicht etwas Neues zu fordern. Ein guter Anfang ist bereits gemacht und deshalb ist es für uns nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Für uns ist das auch nicht dringlich. Wir haben in der letzten Periode schon den einen oder anderen Antrag diesbezüglich gehabt. Wir haben darüber auch debattiert, es ist angesprochen worden, wir haben auch damals nicht dafür gestimmt und wir brauchen auch nicht weitere Pilotprojekte oder Erfahrungswerte. Uns reichen die Referenzen und Erfahrungen vom Grazer Thalersee, ich könnte jetzt dem Gemeinderat die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, aufzählen. Ich möchte uns aber allen nicht den Appetit auf die startende Grillsaison verderben, weil das ist nämlich recht ungestiös, was sich dort abgespielt hat und solche Erfahrungen brauchen wir in Wirklichkeit nicht weitere in Graz auf öffentlichen Plätzen und deswegen ist es für uns hinfällig und wir unterstützen, so wie wir auch die anderen Vorstöße in diese Richtung abgelehnt haben, auch diesen Antrag nicht (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda**: Hoffentlich brauchen wir nicht jedes Mal ein Murkraftwerk, damit man irgendwo grillen kann oder einen Grillbereich... (*Applaus Grüne*) oder es sind kleine, ganz kleine Kraftwerke, die da irgendwie... weiß ich nicht. Es schaut leider so aus, dass es jetzt keine Mehrheit findet, dass man möglicherweise diesen Prozess beschleunigen können, vielleicht hat auch die Erinnerung gereicht und vielleicht geht trotzdem was weiter im Grazer Stadtgebiet und sonst müssen wir halt vielleicht wieder einmal einfach uns zum demonstrativen Grillen bei einer Demo treffen, aber... Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, vielen Dank, zuerst geht es um die Grillplätze, dann um den Folder, zum Schluss immer um die Kohle.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.